Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa, Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 124. **Donnerstag, 31. Mai 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 350.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 200.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vom 1. Juni ab Wohnung und Geschäftszimmer in Großenhain, Naundorfer Straße 20 II. Sprechzeit: 10—11 Uhr vorm., Fernsprecher Nr. 179. Der Bezirksarzt.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 31. Mai 1923.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 6 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtv. Beier und Braune. Vom Ratskollegium waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und die Herren Stadträte Gutacker, Fiedler und König anwesend. Der Zuhörerraum war schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Der Rat hat beschlossen, den seinerzeit vom Kollegium gefaßten Beschluß, die Erstattung von Fehlbeträgen aus dem Differenzkonto für die städtischen Kassenführer betr., dahingehend abzuändern, daß die Erstattung nur erfolgt, wenn der Beamte nachzuweisen vermag, daß ihn bei Entstehen der Differenz kein Verschulden trifft. Das Kollegium trat dem Ratsbeschlusse bei.

2. Die Rechnungen über die Gemeindegrundsteuer auf 1920 und 1921 wurden vom Kollegium richtiggesprochen.

3. Infolge abgelaufener Wahlzeit der jetzigen Mitglieder macht sich die Wahl von 4 Mitgliedern und 4 Stellvertretern für die Einkommensteuerausschüsse notwendig. Die Stadt ist neuerdings in 2 Steuerbezirke, in Bezirk West und Bezirk Ost, eingeteilt worden. Der Rat hat für den Bezirk West die Herren Rechnungsdirektor Riedel und Kommerzienrat Schönherr, und als deren Stellvertreter die Herren Oberpostsekretär Geißler und Stadtrat Richter, für den Bezirk Ost die Herren Obersteuerinspektor Kretzschmann und Kaufmann Hasse, und als deren Stellvertreter die Herren Oberlehrer Mende und Kaufmann Wurmstich gewählt. Die vom Kollegium vorgenommene Wahl entfiel auf die Herren: Tischlermeister Steinbach und Kassenbeamten Jurmann, als deren Stellvertreter Schlossermeister Bley und Stadtv. Schönborn für den Bezirk West, sowie Müller Dinter und Stadtv. Billing, als deren Stellvertreter Stadtv. Max Schneider und Bäckermeister Roßberg. Die anwesenden Herren nahmen die Wahl an.

4. Das Kollegium erklärt sich mit der Rückzahlung einer auf der früheren Kaserne II/68 ruhenden Sparkassenhypothek in Höhe von 113 600 M. einverstanden.

5 Der zu zahlende Mitgliedsbeitrag für den Wirtschaftsverband sächsischer Gemeinden ist auf 30 000 M. erhöht worden. Dieser Betrag wurde bewilligt. Ein Antrag der Rechten, den Rat zu bitten, eine Aufstellung über Zweck und Höhe der Beiträge aller Verbände, denen die Stadtgemeinde angeschlossen ist, zu geben, wurde einstimmig angenommen.

6. Dem Ratsbeschlusse, die Versicherungssumme für das städtische Inventar auf das 8fache zu erhöhen, wurde beigetreten, ebenfalls

7. dem Ratsbeschlusse, betr. die Entrichtung des erhöhten Jahresbeitrags für den Deutschen Versicherten-Verband.

8. Der Rat und der Gaswerksausschuß haben beschlossen, den Einbau einer Abhitzeverwertungsanlage im Gaswerk vornehmen zu lassen und zur Deckung der entstehenden Kosten ein kurzfristiges Darlehn von 80 Millionen Mark bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden aufzunehmen. Die Bedenken des Herrn Stadtv. Johne gegen die Durchführung des Projektes wurden durch die ausführlichen Darlegungen des Herrn Bürgermeisters zerstreut. Man habe sich der ausführenden Firma gegenüber in weitestgehender Weise gesichert. Die Lieferung der Anlage müsse innerhalb 6 Wochen erfolgen. Für alle Differenzen, die außerhalb dieser Lieferungsfrist entstehen, habe die Firma aufzukommen. Der Rat habe sich von der Notwendigkeit der Anlage überzeugt. Durch die Verwertung der vorhandenen Hitze könnten u. a. die Benzolanlage, die Dampfmaschinen, die Behälterspeisung, die sonstige Betriebsspeisung versorgt und sogar die Räume im benachbarten Sparkassengebäude geheizt werden. Die Wirtschaftlichkeit des Gaswerks werde also wesentlich gehoben werden. Die Firma behaupte, die Anlage verzinse sich mit 90—100 Prozent. Die Herstellungssumme würde innerhalb 3 Jahren getilgt sein. Redner empfahl, bei der günstigen Verzinsung die Anlage ausführen zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß die veranschlagten 80 Millionen Mark überholt würden. Man habe den großen Vorteil einer ganz bedeutenden Verwertung der Abhitzegase. Herr Stadtv. Schneider erklärte, daß die linke Fraktion die von Herrn Bürgermeister geschilderten Vorzüge der Anlage anerkenne und — vor allem mit Rücksicht auf die bedeutende Ersparnis von Feuerungsmaterial — der Errichtung einer Abhitzeverwertungsanlage zustimme. Herr Vizevorst. Tröger erklärte, die Rechte mache ihre Zustimmung davon abhängig, zu erfahren, in welcher Zeit sich die Erneuerung der Rohre notwendig machen werde. Herr Bürgermeister Dr. Scheider: Diese Frage ist allerdings heute nicht zu beantworten. Es sei ihm versichert worden, daß die Anlage 30—40 Jahre betriebsfähig sei. Die Anlage sei eine wertbeständige. Je höher der Preis für Kohle zu stehen komme, desto mehr steige — da sich die Verwendung der Kohle erübrige — der Wert der Anlage. Die Kohle, die hier gespart werde, komme der Allgemeinheit zugute und auch der Koks könne der hiesigen Industrie zur Verfügung gestellt werden. Die Einrichtung sei eine Neuerung, es gäbe noch nicht viele Gaswerke, die eine solche Anlage haben. Die Gemeinden aber, in denen sie bestehe, so z. B. Döbeln, hätten die günstigsten Erfahrungen gemacht. Der Beschluß des Rates und des Gaswerksausschusses wurde schließlich einstimmig vom Kollegium angenommen.

9. Mit der Beschaffung eines 3 K. V. A.-Transformators für das Wasserwerk erklärte man sich einverstanden und bewilligte die erforderlichen Kosten.

10. Die vom Verbandsrevisor geprüfte Abrechnung über den Rathausumbau wurde richtiggesprochen. Die Höhe der Kosten beläuft sich auf insgesamt 449 102 Mark.

11. Von der Abrechnung über Herrichtung der Finanzamtsräume wurde Kenntnis genommen. Der Umbau erforderte 88 296 M. Baukosten.

12. Kenntnis genommen wurde ferner von der vorgetragenen Rechnung über die Gewerbesteuer 1920, die mit einer Einnahme von 424 580.52 M. abschließt. Herr Stadtv. Mehlhorn wies darauf hin, daß die Meinung vorherrsche, die Einnahmen aus dieser Steuer deckten kaum die Ausgaben, die der Verwaltungsaufwand erfordere. Die Steuer müsse entsprechend erhöht werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte hierauf, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Steuer die Einhebungskosten allerdings fast die Höhe der Steuerbeträge erreichten. Die Steuer sei eine staatliche. Bei jeder Neueinrichtung müßten Unterlagen geschaffen werden, was beträchtliche Kosten erfordere. Der Landtag habe bekanntlich beschlossen, die Gewerbesteuer zu verdreifachen und damit den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Zuschläge ebenfalls zu verdreifachen. Dadurch werde sich das Verfahren verbilligen und die Steuer werde einträglicher.

13. Der Rat hat beschlossen, dem Riesaer Verein für Jugendpflege mit Rücksicht auf dessen mißliche finanzielle Lage eine Unterstützung insofern zu gewähren, als er dem Kollegium vorschlägt, zu genehmigen, die Miete für das Hohestraße 9 befindliche Jugendheim auf die Stadtkasse zu übernehmen und dem Verein ein Darlehn von 30000 M. zu gewähren. Das Kollegium gab zu der vorgeschlagenen Unterstützung seine Zustimmung.

14. In sämtlichen Wohnungen der früheren Kaserne II/68, in denen es sich als notwendig erweist, soll die Verkittung der Fenster vorgenommen werden, außerdem sollen einem Gesuchsteller die Hobeldielen zur Ausbesserung der Küchendielung geliefert werden.

15. Der gesetzlich vorgeschriebenen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze wurde zugestimmt. Der auf die Stadt entfallende Anteil für Monat Mai wird sich auf etwa 1339000 M. stellen. Herr Stadtv. Johne nahm Gelegenheit, auf die andernorts stattgefundenen Erwerbslosenunruhen hinzuweisen und empfahl, den Erwerbslosen Mittel auch außerhalb des Rahmens des Gesetzes zu gewähren. Herr Stadtv. Mehlhorn regte an, für die einzelnen Berufsarten Arbeitsgelegenheit zu schaffen, damit ein übermäßiges Eindringen in fremde Berufe vermieden werde. Herr Stadtv. Schumann I gab Beispiele, wie durch gesetzwidrige Ueberarbeit die Arbeitslosigkeit gefördert wird. Herr Stadtv. Richter wandte sich gegen die mehrfach beobachtete Ausbeutung der Lehrlinge. Auch das System der sog. „Schwarzen Liste" wurde kritisiert. Ein auf diese Art bloßgestellter Arbeiter bekomme keine Arbeit und falle der Arbeitslosenunterstützung zur Last. — Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß man den Unterstützungsbedürftigen bisher in der weitgehendsten Weise entgegengekommen sei und daß dies auch künftig so bleiben werde. Bereits früher sei die Bildung eines gemeinsamen Ueberwachungsausschusses für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geplant gewesen. Der Rat sei auch heute noch bereit, die Gründung eines solchen Ausschusses in die Hand zu nehmen. Herr Stadtv. Klemm wendete sich gegen die Ausübung eines Doppelberufs. Es würden in Riesa viele auswärts wohnende Arbeiter beschäftigt, die außerdem an ihrem Wohnorte einer einträglichen Beschäftigung nachgingen. Er ersuchte, bestrebt zu sein, die sog. Doppel-Existenzler zu entfernen. Er erwähnte schließlich noch, daß es beispielsweise die Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G. ermöglichen könnte, noch gegen 3—400 Arbeitslose einzustellen. Diese Behauptung wurde ihm von Herrn Stadtv. Schinkel widerlegt. Dieser gab anschließend Aufklärungen über die in fragl. Werke üblichen Arbeitseinrichtungen. Uebertretungen kämen nicht vor. Er müsse jeden Vorwurf entschieden zurückweisen. Herr Stadtv. Billing bestätigte, daß ein Ueberwachungsausschuß bereits bestanden habe, sein Fortbestehen sei aber damals gescheitert. Er empfahl den beteiligten Kreisen, die Angelegenheit nochmals in Erwägung zu ziehen und in gütlichem Einvernehmen zu verhandeln.

16. Zufolge Verordnung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums vom 25. 4. 1923 ist über die weitere Erhebung von Sonderzuschlägen der Gemeinden zur reichsgesetzlichen Wohnungsbauabgabe ein neuer Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung aufzustellen. Die Wohnungsbauabgabe beträgt ab 1. 1. 1923 je 1500% der vollen Jahresmiete nach dem Stande vom 1. 7. 1914 für Staat und Gemeinde, zusammen also 3000%. Nach § 11 Absatz 1 des Reichsgesetzes über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. 3. 1923 sind die Gemeinden berechtigt, mit Zustimmung der obersten Landesbehörde (Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt —) den Hundertsatz der Gemeindezuschläge zur Wohnungsbauabgabe zu erhöhen. Das Ministerium des Innern legt den größten Wert darauf, daß außerdem ein Ausgleichstock tunlichst überall zur Einführung kommt, wo die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes angewendet werden, da die Erfahrung gelehrt hat, daß ausreichende Mittel zur Verhütung völligen Verfalls bestehenden Wohnraumes auf andere Weise nicht zu beschaffen sind. Das Ministerium des Innern erteilt allen Gemeinden des Landes allgemein seine Zustimmung dazu, daß a) an Sonderzuschlägen gemäß § 11 des Wohnungsbauabgabegesetzes bis zu 1000%, von gewerblichen Räumen bis zu 2000% des steuerpflichtigen Nutzungswertes erhoben werden; daß ferner b) zu einem Ausgleichstock nach § 7 Absatz 3 des Reichsmietengesetzes besondere Zuschläge bis zu 3000% des steuerpflichtigen Nutzungswertes erhoben werden. Es wird nunmehr den städtischen Kollegien die Annahme des Nachtrags zur Steuerordnung für die Stadt Riesa empfohlen, durch den sich der XVI. Nachtrag erledigen würde. Der gesamte steuerpflichtige Nutzungswert (Mietwert der Gebäude) beträgt hier 1938861 M. Hiervon entfallen 1157883 M. auf Wohnräume, 780978 M. auf Räume, welche nicht Wohnzwecken dienen. Bei der Erhebung der vom Ministerium des Innern allgemein genehmigten Sonderzuschläge würden sich für den Zeitraum eines Jahres folgende Einnahmen ergeben:

a) 11578830 M. nach 1000% Zuschlag von 1157883 M. Nutzungswert der Wohnräume,
15619560 M. nach 2000% Zuschlag von 780978 M. Nutzungswert der Räume, die nicht Wohnzwecken dienen.
27198390 M.

Dieser Betrag ist gemäß § 3 des Reichsgesetzes zu verwenden zur Förderung 1. von Wohnungsneubauten und 2. zu Einrichtungen von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden, z. B. durch Ein- oder Umbauten, Aufstockungen und Teilung großer Wohnungen. b) 58165830 M. nach 3000% Zuschlag zu dem Ausgleichsstock von 1938861 M. Nutzungswert aller Räume auf die Dauer eines Jahres. Ueber die Verwendung der zum Ausgleichsstock fließenden Mittel ist die jeweils vom Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — erlassene Bestimmung maßgebend. Das Reichsgesetz über Erhebung einer Wohnungsbauabgabe in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. 3. 1923 ist mit Wirkung vom 1. 1. 1923 ab in Kraft getreten. Da die Einhebung der Wohnungsbauabgabe für das ganze Rechnungsjahr 1922 im Gange bezw. bereits abgeschlossen ist, muß also für das erste Kalendervierteljahr 1923 ein Betrag von 750% weniger 12½, d. i. 737,5% der Friedensmiete nacherhoben werden. Diese Erfüllungsbeträge werden auch in die bisherigen Listen einzuarbeiten und zusammen mit der Wohnungsbauabgabe 1923 einzuheben sein. Auch die Sonderzuschläge der Gemeinden nach § 11 des Wohnungsbauabgabegesetzes können nach den erhöhten Sätzen vom 1. 1. 1923 ab erhoben, also für das 1. Kalendervierteljahr 1923 zusammen mit den Erfüllungsbeträgen nacherhoben werden. Im Rechnungsjahre 1923 würden unter Berücksichtigung der Sonderzuschläge für je 100 M. Friedensmiete insgesamt zu entrichten sein:

	aa) für Wohnräume:	bb) für Räume, die nicht Wohnzwecken dienen:
1. Wohnungsbauabgabe des Staates:	1500 M.	1500 M.
2. Wohnungsbauabgabe der Stadt:	1500 M.	1500 M.
3. Sonderzuschlag der Stadt:	1000 M.	2000 M.
4. Zuschlag zum städtischen Ausgleichsstock:	3000 M.	3000 M.
	7000 M.	8000 M.

Die Wohnungsbauabgabe beträgt demnach für das Rechnungsjahr 1923

	a) für Wohnräume:	b) für Räume, die nicht Wohnzwecken dienen:
z. B. bei 300 M. Friedensmiete:	21 000 M.	24 000 M.
z. B. bei 450 M. Friedensmiete:	31 500 M.	36 000 M.
z. B. bei 700 M. Friedensmiete:	49 000 M.	56 000 M.

Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und sonstige Militärrentner, sowie Minderbemittelte gemäß § 15 des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues unter den daselbst genannten Voraussetzungen auf Antrag von der Abgabe befreit werden können.

Die Beratung der Vorlage erforderte ebenfalls eine längere Aussprache, in der vornehmlich die Bildung eines Ausgleichsstocks für große Instandsetzungsarbeiten und deren Verwendung erörtert wurden. Die anfänglich gehegten Bedenken gegen die Erhebung der Sonderzuschläge wurden fallen gelassen, da durch die Einführung eines Ausgleichsstocks die Möglichkeit gegeben wird, der Wohnungsnot zu steuern dadurch, daß dem unbemittelten Hausbesitzer Mittel zur Verfügung gestellt werden können, mit denen manche Wohnung vor Verfall bewahrt bleibe, oder Wohnungsein- oder -umbauten vorgenommen werden können. In Riesa werden die Beträge teilweise bei dem Umbau der Kaserne 2/68 praktisch angewandt werden. Auch vorliegende Gesuche können mit dem Gelde, das bis zur erfolgten Einhebung der Zuschläge geliehen werden soll, erledigt werden. Der Nachtrag wurde einstimmig vom Kollegium genehmigt.

Herr Vorsteher Günther gab eine Zuschrift des Landesfinanzamtes bekannt, worin dieses mitteilt, daß der Mietsabschluß, betr. das frühere Garnisonlazarett Riesa, nunmehr genehmigt worden sei.

Das Kollegium nahm Kenntnis von einer Einladung zur Gedenkfeier und zur Denkmalsweihe für die Gefallenen der ehemaligen Feld-Art.-Regimenter 32 und 68. — Eine defekte Sicherheits-Vorrichtung an der Strehlaer Straße soll erneuert werden. — Schließlich wurde noch eine Anregung des Herrn Vorsteher Günther entgegengenommen, für Freigabe eines geeigneten Platzes, auf dem den Kindern auch das Ballspiel gestattet werden könne, besorgt zu sein, da das Ballspiel

auf den Straßen und nunmehr auch auf dem Spielplatz an der Lindenstraße verboten sei.

Schluß der Sitzung gegen 8 Uhr.

* * *

—* **Verhandlungen mit der Amtshauptmannschaft.** Die Verhandlungen zwischen Vertretern des land- und forstwirtschaftlichen Bezirksverbandes und der Amtshauptmannschaft Großenhain über die Zinsenforderungen einer Anzahl Landwirte wegen verspäteter Nachzahlung für das Umlagegetreide wurden gestern im Landtagsgebäude fortgesetzt und führten zunächst zu einem für alle Teile günstigen Ergebnis: Die Vertreter der Landwirtschaft erkennen die infolge der aufsteigenden Preisbewegung damals eingetretenen technischen Schwierigkeiten bei Berechnung der Nachzahlung der Beträge an, die noch erhöht wurden durch die kurz vorangegangene Ueberleitung der Wirtschaftsstelle in den Kommunalverband und einem damit im Zusammenhang stehenden Personenwechsel in dieser Abteilung. Gesteigert wurden diese Schwierigkeiten der Verrechnung weiter durch die vom Kommunalverband bewirkte Herabsetzung des Umlagesolls. Die Landwirte wollten mit ihren Maßnahmen zunächst auch nur die Anmeldung ihrer Forderungen bewirken, um die Frage der Verzugszinsenzahlung grundsätzlich regeln zu lassen. Sie erkennen jedoch an, daß angesichts der fortwährend steigenden Not und der Bedrängnis unseres Volkes von außen, auch wenn man nach erfolgter grundsätzlicher Klärung auf die Auszahlung der geforderten Beträge verzichtete, durch den weiteren Verfolg der Angelegenheit nur unnötige Unruhe hervorgerufen wurde. Die Beauftragten des land- und forstwirtschaftlichen Bezirksverbandes erklärten, daß sie die Verständigung zwischen allen Schichten unseres Volkes gegenwärtig als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Der land- und forstwirtschaftliche Bezirksverband wird daher auf Grund der stattgefundenen Aussprache seine Mitglieder auffordern, auf die Zinsenforderung zu verzichten. — Die Amtshauptmannschaft ist nunmehr bereit, die den Mitgliedern des Bezirksausschusses als vertraulich übergebene Akte der betreffenden Landwirte zurückzufordern. Seitens der Amtshauptmannschaft wurde auch ohne weiteres anerkannt, daß die gegenwärtige Erhöhung des Markenbrotpreises nicht als Schuld der Landwirtschaft bezeichnet werden kann. Aufklärung hierüber ist bereits in der Presse gegeben.

—* **Warnung vor Sittlichkeitsverbrechern.** In der gegenwärtigen Zeit wird des öfteren von Ueberfällen auf junge Mädchen berichtet. Auch hier ist in der Nacht zum Sonntag ein solcher Ueberfall verübt worden. Ein junges Mädchen — mit der Bahn hier angekommen — wurde von einem Unbekannten angesprochen und schließlich auf dem Nachhausewege begleitet. Auf dem Wege über die Blechbrücke versuchte der Unhold plötzlich, das Mädchen zu vergewaltigen. Durch Hinzukommen eines Riesaer Herrn wurde das sich heftig wehrende Mädchen befreit. Der Verbrecher ergriff die Flucht, ohne erkannt zu werden. — Dieser erneute Vorfall möge alle jungen Mädchen warnen, sich mit Unbekannten irgendwie einzulassen. Jede Annäherung, und erscheine sie zunächst auch noch so harmlos, weise man mit Entschiedenheit zurück.

—* **Marionetten-, Schatten- und Kasperletheater,** so lautete das Thema des 4. Heimatschutzvortrages. Herr Hofrat Professor O. Seyffert stimmte zuerst die den Höpfnerschen Saal bis auf das letzte Fleckchen füllende Zuschauermenge mit einer humoristischen Anekdote ein und leitete damit zu einem Vortrag über, in dem er einen geschichtlichen Rückblick über die Entstehung dieser Theater bei den verschiedenen Völkern zu den verschiedenen Zeiten gab. Er führte aus, daß die Urahnen der Marionetten- und Schattenspiele in den Ländern des Orients zu suchen seien und dort zur Belustigung von Herrschern und Volk aufgeführt wurden. Wahrscheinlich haben diese Spiele über Rumänien den Weg ins Abendland genommen. In England, wo sie ganz besonders gepflegt wurden, und vor allem in Italien ließen sie sich nieder. Manche Umgestaltung mußten die Figuren dabei ertragen. In Deutschland reicht die Spur der Puppenspiele bis ins Mittelalter hinein. Ja im 18. Jahrhundert wuchs sich dieser Erstling dramatischer Kunst zur Spielsucht aus. In der neueren Zeit versuchen Künstler und Menschen, die sich ihre Jugend bewahrt haben, diese alte Volkspoesie wieder zu beleben. Wir alle aber müssen diese Kunst, die sich freimacht vom Schwergewicht der Materie, die der Phantasie keine Schranken zieht, vor dem drohenden Untergang schützen. Hierauf führte Herr Ganzauge mit einigen erläuternden Worten die Bewegungen einer Marionettenfigur und eines Kaspars vor. Herr Prof. Seyffert wies dann noch auf die folgenden Vorführungen hin, die mehr eine Anregung zur Selbsttätigkeit sein sollten. Mit lebhaftem Beifall dankten die Zuhörer dem humorvollen Sprecher. Es folgte nun ein Schattenspiel von Herrn Lehrer Ebeling, ausgeführt durch Riesaer Wandervögel: „Das Naumburger Kirschfest". In humoristischer Weise zogen die Schatten an der Leinwand vorbei und erfreuten das Herz. Heller Jubel und Beifall wurde den Jungens und Mädels gespendet. Zum Schlusse spielte Herr Ganzauge, einer unserer besten Kasperletheaterspieler, noch ein Kasparstück, was durch seinen spaßigen Inhalt und seine geschickte sprachliche Darstellung alt und jung erfreute. Mit einem gewandten Kaspartanz unter Begleitung eines „Zerrwanstes", den ein kleiner Riesaer meisterte, schloß der Abend. Wohl allen Anwesenden hat er das Herz erfreut, manchen zurückgeführt in das selige Land seiner Kindheit und hoffentlich viele Freunde für diese Art Heimatschutz gewonnen. — Es ist nicht statthaft, vor Beginn der Vorträge mehrere Plätze zu belegen! H. Bg.

—* **Sängerbesuch.** Der Chemnitzer Orpheus, ein auf künstlerischer Höhe stehender Männerchor, wird am 9. Juni in Höpfners Hotel unter Mitwirkung von erstklassigen solistischen Kräften vom Chemnitzer Stadttheater ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten der hiesigen Fechtschule veranstalten. Er wird Chöre von Ricodé und Hegar, außerdem eine Reihe unserer schönsten deutschen Volkslieder zum Vortrag bringen. Im vergangenen Jahre ist der Chor beim Sängerwettstreit des Chemnitzer Sängerbundes als 1. Preisträger hervorgegangen. Darum auch wäre der Besuch des Konzertes nur zu empfehlen und dürfte für die gesamte hiesige Sängerschaft von besonderem Interesse werden. Siehe Anzeigenteil in gestriger Nr. dieses Blattes und in der Sonnabendnummer.

— **Die Unterbindung des Fremdenverkehrs.** Gegen die Behinderung und Unterbindung des Fremdenverkehrs richtet die Leitung des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten (Deutscher Gewerkschaftsbund) eine Entschließung an die deutsche Reichsregierung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Hebung eines gesunden Fremdenverkehrs, wie in anderen Staaten des Auslandes, auch die Sorge der deutschen Regierung sein müsse. Die hohen Sondersteuern, die für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe bestehen, insbesondere die geradezu unerträgliche Höhe der Beherbergungssteuern, die vom Reich und den Gemeinden erhoben würden, seien dazu angetan, den Fremden- und Reiseverkehr völlig lahmzulegen und vielen von ihm abhängigen wirtschaftlichen Unternehmungszweigen mit ihren Tausenden von Arbeitnehmern jede Erwerbsmöglichkeit zu nehmen. Die Propaganda, die im Auslande gegen die Einreise von Erholungsreisenden nach Deutschland betrieben würde, müsse auch der deutschen Reichsregierung zu denken geben.

—* **Ruhestandsbezüge.** Infolge Erhöhung des Versorgungszuschlags zum Wartegeld, Ruhegehalt und Witwengeld, des Ausgleichszuschlags zur Kinderhilfe, der Ehefrauenbeihilfe und des örtlichen Sonderzuschlags sowie infolge Erweiterung des Kreises derjenigen Orte, für die örtlicher Sonderzuschlag gewährt wird, erhöhen sich ab 1. Mai und ab 1. Juni die Versorgungsgebührnisse der im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienste angestellt waren) und Lehrer sowie ihrer Hinterbliebenen. Der auf die Monate April und Mai entfallende Nachzahlungsbetrag wird den Versorgungsberechtigten voraussichtlich gegen Mitte Juni, und zwar zugleich mit den Gebührnissen für Juli, überwiesen werden.

—* **Aus den Landtagsausschüssen.** Der Haushaltsausschuß B behandelte in seiner Mittwochsitzung den Antrag des Abg. Noack betr. die Regulierung der Wasserläufe zur Gewinnung elektrischer Anlagen. Es wurde beschlossen, die Regierung zu beauftragen, eine diesbezügliche Denkschrift dem Ausschuß vorzulegen. — Der unlängst vom Landtage gebildete Sonderausschuß für Beamten- und Besoldungsfragen hielt seine erste Sitzung ab und besprach allgemeine Besoldungsfragen und deren Behandlung. — Der Haushaltsausschuß A besprach das Gesuch des Verwaltungsrates der Kinderheilanstalt Dresden um Bereitstellung staatlicher Mittel zum Fortbetriebe dieser Stiftungsanstalt und beschloß, die Regierung zu ersuchen, sofort 12 Millionen Mark zur Beseitigung der dringlichsten Notstände bereitzustellen. Im übrigen wurde die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die Bedeutung dieser Anstalt und die Notwendigkeit, sie von Staatswegen zu unterstützen, wurde allgemein anerkannt.

—* **Arbeitsmarktbericht vom 19. bis 26. Mai 1923.** Die Lage des Arbeitsmarktes stand in dieser Berichtswoche allgemein unter dem Einfluß des Pfingstfestes und der Arbeitsruhe. In verschiedenen Berufsgruppen fanden bald Neuanmeldungen von Arbeitsuchenden, bald Abgänge durch Vermittlung statt, ohne daß auf der einen oder anderen Seite ein entscheidendes Uebergewicht zu erkennen war. Die Vermittelungstätigkeit in der Landwirtschaft war sehr gering, nur die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften hielt weiterhin an. Im sächsischen Bergbau ist die Arbeitsmarktlage die gleiche wie in der Vorwoche geblieben. In der feinkeramischen Industrie konnten teilweise Neueinstellungen vorgenommen werden, desgleichen in den Ziegeleibetrieben. Eine leichte Besserung ist in der Metallindustrie zu verzeichnen. Die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie neigt sich weiter zur Besserung. In der Zigarrenfabrikation ist die Lage nach wie vor ungünstig, desgleichen im Bekleidungsgewerbe. Ungünstig blieben auch weiterhin die Verhältnisse im Baugewerbe.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 69826 Mark.

An unsere Leser!

Die Herstellungskosten für die Tageszeitungen sind auch im April nicht unerheblich gestiegen, dessen ungeachtet, wurde der Bezugspreis für Mai nicht erhöht. Inzwischen aber sind allein im Laufe des Monats Mai die Papierpreise zweimal erhöht worden und steigen ab 1. Juni nochmals um über 50 Prozent. Hierzu kommen noch die Erhöhungen der Gehälter und Löhne und die enorme andauernde Steigerung der Kosten des gesamten Nachrichtendienstes.

Eine Erhöhung der Bezugspreise am 1. Juni ist unter diesen Umständen beim Riesaer Tageblatt wie bei allen deutschen Zeitungen unvermeidlich. Das Riesaer Tageblatt hat auch diesmal bei der Festsetzung des Bezugspreises denkbar weitestgehende Rücksicht auf ihre Bezieher genommen und diesen nur soweit erhöht, wie es angesichts der schweren Lage unumgänglich war. Wir bitten unsere geschätzten Bezieher, auch fernerhin dem Heimatblatt die Treue zu bewahren und zeichnen hochachtungsvoll

Verlag des Riesaer Tageblattes.

Das Riesaer Tageblatt
kostet vom 1. Juni 1923 **6500 Mark**
bei freier Zustellung durch Boten ins Haus.

—* **Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften.** Da die evangelisch-lutherische und die römisch-katholische Religionsgesellschaft bei der außerordentlichen Geldentwertung mit den ihnen nachgelassenen Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer trotz staatlicher Genehmigung zur Erhebung des nach dem Gesetze zulässigen höchsten Steuerzuschlagssatzes bei weitem nicht auskommen, so hat das Gesamtministerium dem Landtage eine Vorlage unterbreitet, die den Religionsgesellschaften das Recht gibt, die Kirchensteuern jeweils in der ihnen nötig erscheinenden Höhe festzusetzen. Die entgegenstehenden Vorschriften des Gesetzes vom 1. Juli 1921 werden damit aufgehoben werden.

—* **Landespolizeischule Meißen.** Ueber die Einstellung von Polizeischülern in die Landespolizeischule Meißen erteilen, wie uns mitgeteilt wird, Auskunft auch die Amtshauptmannschaft Großenhain, die Landespolizeischule Meißen sowie die Gendarmeriebeamten der Landgendarmerie.

—* **Angestelltenversicherung.** Für einen von der eigenen Beitragsleistung befreiten Versicherten hat der Arbeitgeber vom 1. November 1922 an den Beitrag in der Gehaltsklasse des halben Jahresarbeitsverdienstes zu entrichten. Für Halbversicherte, deren Jahresarbeitsverdienst 1 400 000 Mark übersteigt, müssen also Marken der Gehaltsklasse 13 verwendet werden. Diese Klasse ist aber für alle Vollversicherten mit einem Jahresarbeitsverdienste von mehr als 720 000 Mark noch immer die höchste Klasse, weil zwar die Jahresarbeitsverdienstgrenze wiederholt heraufgesetzt, jedoch der Ausbau neuer Gehaltsklassen unterblieben ist. Infolgedessen ist die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung für Angestellte mit einem Jahresarbeitsverdienste von mehr als 1 400 000 Mark ohne Wirkung. Eine in Vorbereitung befindliche Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetze wird diesem Uebelstande abhelfen. — Seit dem 1. November 1922 sind alle Büroangestellten, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung, Aufräumung und ähnlichen Arbeiten (z. B. Aktenheften, aber nicht Abschreiben oder Registraturtätigkeit) beschäftigt werden, angestelltenversicherungspflichtig. Wenn also ein Arbeitnehmer z. B. sieben Stunden des Tages mit Botengängen und eine Stunde mit ganz mechanischer Abschreibarbeit beschäftigt wird, ist er jetzt angestelltenversicherungspflichtig. Alle angestelltenversicherungspflichtigen Büroangestellten sind seit dem 1. Januar 1923 nicht mehr invalidenversicherungspflichtig.

—* **Reichsbahn und Altersgrenze der Kinder.** Das Reichsverkehrsministerium ist, wie es mitteilen läßt, zurzeit nicht in der Lage, dem vielfach geäußerten Wunsche nach Erhöhung der Altersgrenze für Kinder im Verkehr der Reichseisenbahn nachzukommen. Nach den Berechnungen des Ministeriums würde durch eine Erhöhung der Altersgrenze ein Ausfall von mehreren hundert Millionen Mark eintreten. Diese Belastung des Staats glaubt die Reichseisenbahnverwaltung nicht auf sich nehmen zu können. Bekanntlich bestand die Absicht, die Altersgrenze für Kinder, die frei befördert werden, von vier auf sechs Jahre, und für Kinder, die zum halben Preise die Bahn benutzen können, von 10 auf 12 Jahre hinaufzusetzen.

* **Glaubitz.** Bei der Landespferdeschau vom 26. bis 28. Mai in Dresden erhielten die Gutsbesitzer Oskar Schäfer und Max Born den 1. Preis, Silberne Medaille, auf 3- und 4jährige selbstgezogene Warmblut-Stuten. Außerdem erhielt Gutsbesitzer Oskar Schäfer den 2. Preis und einen Ehrenpreis auf einen Zweispänner, 2 selbstgezogene 3- und 4jährige Oldenburger. Dem Rittergutspächter Pietzsch in Lauterbach wurde auf eine selbstgezogene Mutterstute mit 3 Nachkommen der 2. Preis und ein Ehrendiplom zuerkannt.

* **Meißen.** In der Nacht zum 27. Mai wurde von der Siegessäule im Schloßpark von Siebeneichen die aus Zinn bestehende Gedenktafel mit der Aufschrift „Gewidmet dem siegreichen deutschen Heere von 1870/71" gestohlen.

* **Dresden.** Am 28. d. M. ist im Staatsforstrevier Dresden ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden und die Leiche nach dem Friedhofe in Klotzsche überführt worden. Der Tote ist etwa 65 Jahre alt, 1,80 Meter groß, schlank, bartlos, hat wenig graues Haar, blaue Augen und Hakennase, hageres Gesicht. Die Kleidung besteht in Militärtrikothemd, grauer Unterhose und Strickjacke, braunem wollenen Vorhemdchen, schwarzer Weste, brauner Jacke, grauer Sportmütze, Militärschnürschuhen, Drillhosen, von braunen Lederriemen gehalten.

* **Auerbach.** Ein 19jähriger Arbeiter kam auf der Haltestelle Brunn mit seiner Geliebten in Streit. Da sie ihm kein Geld gab, schlug er ihr mit einem harten Gegenstande über den Kopf, bis sie besinnungslos war. Auf dem Transport nach dem Stationsgebäude verstarb das Mädchen.

* **Johanngeorgenstadt.** Ein furchtbares Verbrechen ereignete sich gestern während der Mittagspause in den Räumen der Blechwarenfabrik Wendler & Weiß. Aus zur Stunde noch unbekannter Ursache erschlug der 48jährige Klempner Höfer die 29 Jahre alte ledige Leichsenring mit einem sog. Schlaghammer. Nach Verüben der schrecklichen Tat beging Höfer Selbstmord, indem er sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt.

* **Waldenburg.** Ein 21jähriger Dienstknecht versuchte seine Geliebte mit einer Schnur zu erdrosseln, um sich den in Aussicht stehenden Vaterpflichten zu entziehen. Als die Ueberfallene um Hilfe rief, setzte sich der Liebhaber auf sein Rad und verschwand.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 31. Mai 1923.

Erneute Zusammenstöße in Dresden.

X **Dresden.** Gestern abend bewegten sich nach Schluß der Demonstrationszüge unter Führung des Kommunisten Bellmann Demonstranten nach dem Polizeipräsidium. Da der proletarische Selbstschutz sich außer Stande erklärte, die Ansammlung zum Abzuge zu bewegen, übernahm die Polizei die Absperrung. Nach einer Schreckschußsalve stoben die Massen panikartig auseinander. Die Umgebung des Polizeipräsidiums wurde sodann planmäßig geräumt, wobei mehrere Festnahmen erfolgten. Auch in der innern Stadt kam es zu Zusammenstößen, wobei neben dem Gebrauch des Gummischlägels auf dem Postplatz auch Schreckschüsse abgegeben werden mußten. Die Kundgebungen zogen sich bis spät in die Nacht hin. Plünderungen sind nicht bekannt geworden. (S. a. Zur Lage in Dresden.)

Weitere Verhaftungen durch die Franzosen.

X **Essen.** Gestern sollte Generaldirektor Kesten von der Zeche Dahlbusch in seiner Wohnung von den Franzosen verhaftet werden. Da er zur Zeit dienstlich im unbesetzten Gebiet weilt, verhafteten die Franzosen den Prokuristen Lebsanft. Nach einem von diesem zurückgelassenen Zettel soll die Verhaftung wegen der Verweigerung von Kohlenlieferungen erfolgt sein. Nach einer Mitteilung soll er zunächst nach Steele und von dort nach Bredeney und Werden weitergebracht worden sein. Der Arbeiter- und Angestelltenrat der Zeche sah mit Rücksicht auf die politischen Wirren von einem Proteststreik ab, der für die Folge jedoch bei weiteren Verhaftungen durchgeführt werden soll. Die gesamte Arbeiter- und Beamtenschaft hat den Beschluß gefaßt, daß auch bei der Verhaftung von Arbeitern durch die Besetzungsbehörden in einen Proteststreik eingetreten werden soll.

Keine Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere.

* **Berlin.** An der Börse erhalten sich mit Hartnäckigkeit die Gerüchte über eine bevorstehende Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere. Wie der Deutsche Handelsdienst dazu aus wohlinformierten Bankkreisen erfährt, ist an eine derartige Beschlagnahme nicht zu denken.

Um die Privatisierung der Reichsbahnen.

* **Berlin.** Wie mitgeteilt wird, hat der Reichsverkehrsminister dem Hauptbeamtenrat im Reichsverkehrsministerium nahegelegt, zu dem Angebote der deutschen Industrie Stellung zu nehmen und seine Ansicht schriftlich niederzulegen, damit Minister Gröner die Stellungnahme der Spitzenvertretung der deutschen Reichsbahnbeamten dem Kabinette übermitteln könne.

Die Eisenbahner für die Bahnen im Reichsbetriebe.

* **Berlin.** Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter erklärt zu den Plänen, daß ausländische Regierungen die Verwaltung unserer Eisenbahnen übernehmen sollen, in einer Entschließung mit Nachdruck, daß unter allen Umständen die Reichsbahnen im Besitze und Betriebe des Reiches bleiben müssen. Die deutsche Eisenbahnbeamtenschaft, die an ihrem auf öffentlich-rechtlicher Grundlage beruhenden Berufsbeamtentum unerschütterlich festhält, würde es nicht ertragen, irgendwie derartigen ausländischen Gewalten, seien es internationale oder sonstige mit der Souveränität des Deutschen Reiches nicht zu vereinbarende Instanzen, unterstellt zu werden.

Die Berliner Beratungen.

* **Berlin.** Wie verlautet, handelt es sich bei den Verhandlungen des Reichsratsausschusses um die Weiterberatung der deutschen Ergänzungsnote. Obwohl sämtliche bei dem Ergänzungsangebot in Betracht kommenden Fragen mit den Parteiführern eingehend bereits erörtert worden sind, werden parlamentarische Beratungen voraussichtlich erneut notwendig werden; denn mehrere Parteien haben den Wunsch, die Frage der Garantien und der deutschen Leistungsfähigkeit noch einmal durchzusprechen. Man denkt dabei an einen besonderen parlamentarischen Ausschuß zur Prüfung der deutschen Ergänzungsvorschläge, um so dem deutschen Schritte durch gemeinsames Vorgehen von Regierung und Parlament mehr Rückhalt zu geben.

Die Freigabe der Badischen Anilinwerke.

* **Mannheim.** Die Besetzung der Badischen Anilin- und Soda-Fabriken ist wieder aufgehoben worden. Gestern vormittag einhalb zehn Uhr sind die letzten französischen Soldaten aus dem Werk Ludwigshafen abgerückt.

208 Eisenbahner mit ihren Familien aus Mainz verjagt.

* **Mainz.** Die französischen Besatzungsbehörden vertrieben gestern aus dem Bereiche des Direktionsbezirkes Mainz 208 Eisenbahner mit ihren Familien und beschlagnahmten den größten Teil der Möbel.

Poincarés Straßburger Reise.

* **Paris.** Poincaré ist gestern abend nach Straßburg abgereist, um dortselbst an den Pasteur-Feierlichkeiten teilzunehmen.

Heute Berufungsverhandlung gegen Krupp.

* **Paris.** Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird heute wahrscheinlich die Strafkammer des Kassationsgerichtshofes über die Berufung von Krupp von Bohlen-Halbach und seiner Mitangeklagten beschließen.

Die russische Politik und das englische Kabinett.

)(**London.** Im Unterhause erklärte Baldwin auf eine Anfrage Turners, es sei ihm bekannt, daß in England tiefe Abneigung dagegen herrsche, sich in einen neuen Krieg hineinziehen zu lassen. Diese Stimmung werde von der Regierung geteilt; er sei jedoch nicht bereit, Vertreter aller Kirchen, Handelskammern und der kooperativen Bewegung des Gewerkschaftskongresses zusammen zu berufen, um eine vereinigte Aktion zu Gunsten des Friedens mit allen Nationen zu erreichen. Kennworthy fragte: Ist das so zu verstehen, daß die russische Politik, die von Bonar Law angefangen worden ist, von der jetzigen Regierung fortgesetzt werden soll? Bedeutet dies nicht, daß wir, wenn darauf bestanden wird, große Gefahr laufen, in einen neuen Krieg hineingezogen zu werden? Baldwin erwiderte, das gehe aus der Frage nicht hervor. Auf eine Anfrage Nebbs, ob das Foreign Office Mitteilungen über die Folgen erhalten habe, die vielleicht für den britischen Handel durch den Bruch des Handelsabkommens mit Rußland entstehen würden, erwiderte McNeill, keinerlei Mitteilung sei empfangen worden, die zu der Annahme berechtige, daß der Bruch des Handelsabkommens in irgendeinem Maße den britischen Handel schädigen würde. Kennworthy fragte hierauf: Müssen wir daraus schließen, daß die Regierung gewillt ist, dieses Abkommen abzubrechen, zu beenden? Sieht sie nicht, daß dies als feindliche Handlung ausgelegt werden würde? McNeill erwiderte, Kennworthy ziehe einen vollkommen ungerechtfertigten Schluß. Ein Parlamentsmitglied fragte noch, ob der Premierminister bereit sei, im Namen der augenblicklichen Regierung die Erklärung anzunehmen, die von dem früheren Premierminister im November v. J. mit Bezug auf die Anerkennung der Räteregierung durch England gemacht worden sei, nämlich, daß keinerlei Anerkennung gewährt werden würde, bevor Rußland volle Kompensationen an die britischen Untertanen gezahlt und jede gerechte Forderung ehrlich erfüllt habe. Baldwin erwiderte, er nehme an, daß der Fragesteller die Erklärung des Premierministers vom 29. November meine. Er unterschreibe diese Erklärung vollauf im Namen der gegenwärtigen Regierung.

Die Türkei demobilisiert.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: **Die Krise im Nahen Osten wird als beigelegt angesehen,** und die Türkei demobilisiert bereits ihre Streitkräfte. Zehn Jahresklassen werden in ihre Heimat zu den Feldarbeiten entlassen.

Die **englischen Armee- und Marinebehörden** treffen seit einigen Tagen in Malta Vorbereitungen für die **Räumung von Konstantinopel** von englischen Truppen und für die Zurückziehung des englischen Kriegsgeschwaders.

Sieger Poincaré.

Der überlegene Kammersieg des französischen Ministerpräsidenten hat den bündigen Beweis erbracht, daß nichts verfehlter wäre, als die Hoffnung darauf, daß das jetzige französische Kabinett auf schwachen Füßen stünde. Die Abstimmung hat sogar den Beweis dafür erbracht, daß sich auch Abgeordnete, die man bisher für Anhänger der Opposition hielt, zu der Regierung geschlagen haben müssen. Gerade auf der Außenpolitik beruht die Stärke Poincarés und seines Kabinetts. Die Gefolgschaft, über die es hier verfügt, reicht weit bis in die Reihen der Radikal-Sozialisten hinein. Man kann nicht immer aus den Vorgängen in den Parlamenten ohne weiteres Schlüsse auf die Gesinnung der Wähler ziehen. Immerhin ist aber der Sieg, den Poincaré errungen hat, so überwältigend, daß man auch in Deutschland aufhören sollte davon zu faseln, die erdrückende Mehrheit des französischen Volkes wäre der Poincaréschen Gewaltpolitik abhold und mißbillige das Ruhrabenteuer. — Nicht so stark wie auf außenpolitischem Gebiet ist die Regierung Poincaré in der Innenpolitik verankert. Wenn es eines Beweises hierfür bedürfte, so wird er dadurch geliefert, daß der im Gefängnis sitzende Führer der Sebastopoler Matrosenmeuterei Marti jetzt zum zehnten Male wieder gewählt worden ist. Wir erleben hier dasselbe Schauspiel, das uns einst England geboten hat. Auch Lloyd George war auf außenpolitischem Gebiet unverwundbar. Im Innern war man schon längst nicht mehr mit ihm zufrieden, bis er dann schließlich durch eine scheinbare Bagatelle zu Fall gebracht wurde.

Ein neuer Wetterfunkturm im hohen Norden.

Die böartigsten und gefährlichsten Wetterüberraschungen kommen gewöhnlich aus dem Westen zu uns, und die moderne Wettervorhersage hat daher von jeher ihr besonderes Augenmerk nach dieser Himmelsrichtung gewandt. Die Herstellung der täglichen Wetterkarte litt aber empfindlich daran, daß sich die westlichsten festen Beobachtungsstationen Europas bereits an der westirischen Küste befanden und vom Ozean selbst wichtige Wetternachrichten nicht rechtzeitig gemeldet werden konnten. Um nun den Blick über die Witterungsverhältnisse gegen Westen nach Möglichkeit zu erweitern, wurde schon 1904 ein eigenes „Wetterkabel" von Schottland nach den Farbern und nach Island verlegt, wodurch der Blick wenigstens gegen Nordwesten ausgedehnt war. Später kam noch eine Station auf den Azoren hinzu. Bedeutender aber als dieser in fast ständiger Windstille liegende subtropische Wettervorposten sind die Meldungen aus dem hohen Norden. Durch das Aufkommen der drahtlosen Telegraphie konnte sogar auf Spitzbergen eine das ganze Jahr tätige Wetterstelle errichtet werden, die täglich ihre Beobachtungen drahtlos nach Vardö in Norwegen weiter gab. Immer noch aber klaffte auf dem weiten Gebiet zwischen Island und Spitzbergen eine empfindliche Lücke draußen im fernen Ozean, und gar mancher Sturm, der nicht rechtzeitig erkannt werden konnte, brach von Grönland her durch dieses ungeschützte Tor gegen die nördlichen Meere vor und richtete schweres Unheil unter den Schiffen an. So kostete z. B. vor einiger Zeit ein einziger von Nordwesten kommender Sturm 21 norwegischen Schiffern bei Titran das Leben, weil sie nicht rechtzeitig hatten gewarnt werden können. Man hat berechnet, daß die Schließung dieser Lücke im Nordwesten jährlich etwa 1400 Schiffer vor Gefahr und Tod bewahren und unzählige Millionen an Sachwerten erhalten würde. Aus diesem Grunde ist, wie Prof. Dr. R. Hennig in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" ausführt, auf der gänzlich unbewohnten kleinen Insel Jan Mayen ein Wetterfunkturm errichtet worden, und nach einigen mißglückten Versuchen konnte der Wetternachrichtendienst auf dieser Insel, die stark gegen die grönländischen Gewässer vorgeschoben ist, in vollem Umfange aufgenommen werden. Dieser neueste Wetterfunkdienst hat der norwegischen Wettervorhersage und Seeschiffahrt so hervorragende Dienste geleistet, daß das Geophysische Institut in Bergen die Station Jan Mayen als epochemachend für die europäische Wetterkunde bezeichnet hat. Man geht nun mit dem Plan um, zu noch größerer Erhöhung der Sicherheit eine weitere Funkstation nebst Wetterwarte auf der noch näher an Grönland liegenden, kaum bekannten, kleinen Shannoninsel zu errichten.

Vermischtes.

Verrat von Betriebsgeheimnissen einer Waggonfabrik. Ueber einen bedenklichen Fall von Geschäftsverrat verhandelte die Strafkammer Köln auf Veranlassung des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin. Im Sommer v. J. wurden im technischen Büro des Rheinwerks Köln-Poll, Fabrik für Eisenbahnbedarf, G. m. b. H. in Köln-Poll über hundert Konstruktionszeichnungen und Kalkulationsunterlagen einer anderen Waggonfabrik gefunden und beschlagnahmt. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß die technische Leitung des Rheinwerks Köln-Poll, welches den Waggonbau aufgenommen hatte, einen gemeinschaftlichen Angriff auf die Betriebsgeheimnisse einer benachbarten großen Waggonfabrik unternommen hatte. Es wurden rechtskräftig wegen Geschäftsverrats verurteilt der Direktor Heinrich Ostermann des genannten Rheinwerks zu 100 000 Mk. Geldstrafe, der erste Konstrukteur Gustav Möhrke zu 200 000 Mk., der Werkmeister Karl Wilhelmi zu 80 000 Mark und der mittels Bestechung verführte Ingenieur Franz Willwoll zu 50 000 Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Ernennung zum Professor. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei veröffentlicht nunmehr amtlich, daß der Leiter des Pädagogischen Instituts für die Lehrerbildung, Minister i. R. Dr. Seyfert zum Honorarprofessor in der Allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden ernannt worden ist.

Die modernste Kunst in Amerika. Wenn auch die Preise, die in Amerika für deutsche Kunstwerke gezahlt werden, nicht besonders hoch sind, so ist doch das Interesse an deutschem Kunstgewerbe im Wachsen, vielleicht gerade deswegen, weil man sie billig bekommt. Ueber die Vorliebe für modernste Kunst in Amerika schreibt A. L. Mayer in der „Kunstchronik": „Eine Reihe von Antiquitätenhändlern in Amerika, vor allem in Newyork, haben sich mit großem Elan der modernsten Kunst zugewendet. Das Interesse nicht nur für neueste Malerei, sondern auch für modernstes Kunstgewerbe ist ganz außerordentlich groß. Daher erklärt es sich auch, daß die Zahl der Ausstellungen von Werken neuerer Künstler, die vor dem Krieg noch sehr bescheiden in Newyork war, jetzt auf jährlich über 700 angewachsen ist. Auch das Metropolitan-Museum interessiert sich für den Gedanken der Ausstellung modernsten Kunstgewerbes, und hat mit Glück eine recht gewählte kleinere Schau zusammengebracht, bei der französische Künstler vorherrschen. Das Publikum liebt aber die Erzeugnisse der Wiener Werkstätten (die eine eigene Verkaufsstelle in Newyork besitzen) ebensosehr, und viele amerikanische Kunstgewerbler segeln nicht in französischem, sondern viel mehr in deutschem Fahrwasser."

Volkswirtschaftliches.

Luftpost Berlin—Hamburg—Bremen—Amsterdam—London. Vom 1. Juni an wird die Flugverbindung Berlin—London zur Postbeförderung benutzt. Abflug werktäglich ab Berlin (Staaken) 8 Uhr 30 Min., an London 5 Uhr 55 Min. (englische Sommerzeit). Zurück ab London 9 Uhr 30 Min., an Berlin 6 Uhr 45 Min. abends. Auf der Strecke Berlin—Hamburg—Bremen Luftpostbeförderung von Briefsendungen, dringenden Paketen und Zeitungen, im Verkehr mit Holland und England nur Luftpostbeförderung von Briefsendungen, auch eingeschriebener.

Einführung der Schlüsselzahl in der Damenkonfektion. Nach langwierigen Verhandlungen ist es entgegen anders lautenden Meldungen nunmehr gelungen, zwischen einem Teil der Damen-Konfektions-Verbände, nämlich dem Verband der Fabrikanten von Blusen, Kostümen und verwandten Artikeln und dem gesamten beteiligten Einzelhandel unter Führung des Reichsverbandes für Damen- und Mädchenkleidung eine vertragliche Einigung über die Zahlungs- und Lieferungsbedingungen für die künftige Saison herbeizuführen. Die Einigung ist, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, auf der Basis erfolgt, daß für Aufträge mit längerer Lieferfrist ein Preisvorbehalt in Gestalt einer Schlüsselzahl festgesetzt wird. Diese Schlüsselzahl ergibt sich jeweils aus der Veränderung der Marktlage, des Markwertes und der Löhne. Auch hinsichtlich der anderen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen wurde Uebereinstimmung erzielt.

Die Kohlenpreiserhöhungen. In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung der Mitgliederversammlung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurde über die Kohlenpreiserhöhungen verhandelt, die im Hinblick auf die eingetretenen Materialpreis- und Lohnerhöhungen notwendig geworden sind. Es wurde beschlossen, den Kohlepreis ab 1. Juni um denselben Prozentsatz zu erhöhen, um den in den einzelnen Revieren die Bergarbeiterlöhne ab 1. Juni erhöht worden sind, das ist um rund 50 bis 59 Prozent. Außerdem wurde eine Erhöhung des im Kohlenpreis enthaltenen Beitrages für den Bergarbeiterwohnungsbau von 600 Mark auf 2100 Mark je Tonne beschlossen.

Marktberichte.

Amtliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz am 30. Mai, nachmittags 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen 105000—108000 M., Roggen 50000—53000 M., Wintergerste — M., Sommergerste 78000—83000 M., Hafer 78000—83000 M., Mais 102000 M., Weizenmehl 185000 M., Roggenmehl 155000 M., Weizenkleie 46000 M., Roggenkleie 47000 M., Wiesenheu 32000 M., Kleeheu — M., Getreide-Stroh lose 30000—32000 M., do. drahtgepreßt — M. für den Zentner franko Chemnitz, bei Getreide in Ladungen von 200—300 Zentner, bei Mehl in Mengen unter 100 Zentner und bei Heu und Stroh ladungsweise.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 105000—108000. Still. Roggen, märkischer, 90000. Matter. Gerste, Sommergerste, märkische 80000 bis 83000. Ruhig. Hafer, märkischer 77000—78000. Matter. Mais loko Berlin 91000, waggonfrei Hamburg 92000. Matter. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 300000 bis 325000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Still. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 245000—270000. Schwächer. Weizenkleie und Roggenkleie frei Berlin 48000. Schwächer. Raps 170000—180000. Stetig. Erbsen, Viktoria 120000 bis 130000, kleine Speiseerbsen 85000—90000, Futtererbsen 60000—70000, Peluschken 90000, Ackerbohnen 65000 bis 75000, Wicken 80000—90000. Lupinen, blaue 95000 bis 98000, gelbe 125000—135000, Serradella 200000 bis 215000, Rapskuchen 72000—74000. Leinkuchen 110000. Trockenschnitzel 27000—28000, vollwertige Zuckerschnitzel 39000—40000. Torfmelasse 30/70 26000. Kartoffelflocken 46000—45000.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

1. Fortsetzung.

Dahinter der wuchtige Steinwürfel des Pahlowitzer Schlosses mit einem seltsam getürmten, steilen Dach, dessen derbe Schlichtheit noch in die kurze Zeit der Befreiungskriege zurückwies.

In scharfem Bogen fuhr der Wagen die gepflasterte Rampe empor und hielt vor einer verwitterten Freitreppe.

Zweites Kapitel.

Eine halbe Stunde später kam Alsleben im Besuchsanzuge aus seiner Wohnung im ersten Stock zum Erdgeschoß hinab.

Ein Diener in einfacher grüner Livree erwartete ihn in der großen Diele, die geräumig wie das Refektorium einer alten Abtei mit schweren Ledermöbeln und allerlei Jagdgerät zu einem behaglichen Wohnraum umgestaltet worden war.

Er führte ihn durch einen kleinen Musiksaal, der außer einem mächtigen Flügel und einer Beethovenbüste nur ein paar einfache Korbmöbel im Biedermeierstil enthielt, und verschwand dann im anstoßenden Zimmer, um ihn der Schloßherrin anzumelden.

Alsleben sah durch die halboffene Tür in einen hübschen, ganz in Weiß und Gold gehaltenen Rokokosalon.

Hellgrüne Seidentapeten spannten sich über den Wandausschnitt, durch ein breites Frontfenster ging der Blick über die Glycinienhänge einer Veranda auf die massigen Laubkronen eines Parkes hinaus, die gleich dunkelgewaltigen Mauern in das verblassende Himmelsblau ragten. —

„Herr von Alsleben, seien Sie mir herzlich willkommen!"

Eine schwarzgekleidete schlanke Frau hatte sich beim Eintritt des Gastes aus einem Sessel am Fenster erhoben.

Verwirrt sah Alsleben einen Moment lang in ein paar große dunkle Augen, die mit prüfendem Ernst auf seinem Gesicht ruhten, dann neigte er sich tief über die schmale weiße Hand.

„Ich habe die Ehre, Frau Baronin, mich zum Dienstantritt auf Pahlowitz zu melden!"

Von neuem tauchten ihre Blicke tief ineinander, daß jetzt die junge Frau in leichter Befangenheit halb zur Seite sah.

„Wollen Sie die Güte haben, Platz zu nehmen", bat sie mit etwas unsicherer Stimme. „Ich glaube, wir machen uns gleich ein wenig miteinander bekannt. Ich weiß ja eigentlich nichts weiter über Sie, als was mir die Landbank durch Herrn von Bassewitz heut morgen ganz kurz geschrieben hat. Sie kommen aus Argentinien?"

Alsleben nickte.

„Ich war längere Zeit drüben, im Staate Corrientes. Zuletzt als Leiter einer der größten Estancas. Ich stand mit Herrn von Bassewitz bei demselben Regiment, bis mich unglückliche Familienverhältnisse vor etwa vier Jahren veranlaßten, meinen Abschied zu nehmen."

Die Baronin bewegte in feiner Abwehr die Hand.

„Wir wollen nicht an alte Wunden rühren. Hoffentlich wird es Ihnen nach den großen amerikanischen Verhältnissen nicht allzu schwer, sich an die Einsamkeit von Pahlowitz zu gewöhnen."

„Ich denke nein!" war die ernste Entgegnung. „Die Mark ist ja auch meine Heimat. Und es war so recht eigentlich eine Heimwehstimmung, die mich nach Europa zurückgeführt hat."

„Sie werden in Pahlowitz ein reiches Arbeitsfeld finden", fuhr die Baronin lebhaft fort. „Mein verstorbener Gatte war gerade im Begriff, die etwas vernachlässigte Bewirtschaftung seiner Güter nach modernen Grundsätzen umzugestalten, als er mir durch einen unglücklichen Sturz mit einem jungen Pferde in der Vollkraft des Lebens entrissen wurde. Und mein alter Amtmann Warkentin ist wohl ein sehr tüchtiger Landwirt, aber einem kaufmännischen Großbetrieb mit Brennerei und Dampfmolkerei, wie er jetzt in Pahlowitz eingerichtet ist, doch nicht mehr so ganz gewachsen!"

Sie war bei diesen Worten zu ihrem Schreibtisch getreten und breitete auf der geräumigen Platte eine Reihe von Karten und Plänen aus, aus denen sich ein übersichtliches Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse des Gutes ergab.

Alsleben war ganz erstaunt über die eindringende Sachkenntnis dieser jungen Frau, die mit dem gleichen technischen Verständnis über Moorkultur wie über die Vorteile der neuen Ueberlandzentrale zu sprechen wußte.

Mit steigendem Interesse beobachtete er heimlich ihr feines Gesicht, das sich im Eifer des Vortrages allmählich mit einer zarten Röte färbte und dadurch einen eigenen Reiz fast mädchenhafter Lieblichkeit erhielt.

„Ich weiß natürlich nicht, warum Pahlowitz überhaupt noch eines Administrators bedarf", sagte er endlich. „Ich glaube, die Bewirtschaftung des Gutes dürfte bei der gnädigen Frau selbst in den besten Händen ruhen."

Die Baronin lächelte.

„Ich bin ein richtiges Landkind und schon als zehnjähriges Mädel mit meinem Vater jeden Morgen über die Felder geritten. Darum kenne ich mich in der Landwirtschaft ein wenig aus. Doch ich quäle Sie gleich in der ersten Stunde mit geschäftlichen Dingen", unterbrach sie sich, die Uhr ziehend. „Und frage mit keinem Wort nach Ihren leiblichen Bedürfnissen. Sie werden doch gewiß müde und hungrig sein von der anstrengenden Reise, und das Abendessen wartet sicherlich schon längst auf uns!"

Aus dem Speisezimmer des Schlosses floß rotes, warmes Licht auf die Veranda hinaus.

Man saß um den großen, runden Mitteltisch, über dem eine florverhüllte Hängelampe brannte.

Alsleben auf dem Ehrenplatz zur Seite der Hausfrau; ihm gegenüber ihre Schwester Herta, ein hübscher, schlanker Backfisch in der ganzen Frische ihrer 17 Jahre, und ein junger, ernstblickender Herr mit einem scharfgeschnittenen Danteprofil, der ehemalige Hauslehrer Hertas, Herr Dr. Reinwaldt, der ein paar stille Ferienwochen in Pahlowitz verlebte.

Ein fünfter Stuhl war unbesetzt.

„Wir erwarten noch meine Gesellschafterin, das letzte Mitglied unseres kleinen Kreises", bemerkte die Baronin auf einen fragenden Blick Alslebens. „Sie ist vor einer Stunde ins Dorf gegangen, um nach einer kranken Höchnerin zu sehen, und hat gebeten, mit dem Essen auf sie keine Rücksicht zu nehmen."

Es war ein ländlich-einfaches Abendbrot, das dem neuen Hausgenossen geboten wurde, und doch erschienen Alsleben die frischen Eier und der selbstgeräucherte Schinken herrlicher als all die raffinierten Tafelgenüsse eines internationalen Luxusschiffes.

Drei Wochen hatte er nichts um sich gesehen als Himmel und Wasser und fast körperlich gelitten unter der drückenden Enge seiner Dampferkabine.

Und nun dieser hohe, weite Raum in seiner schlichten Vornehmheit mit den ruhigen Linien der wuchtigen alten Möbel und den dunklen Oelbildern einer längstversunkenen Vergangenheit.

Durch die weit offene Verandatür wehte der Duft des abendlichen Parkes herein, schwer und würzig, wie mit Händen zu greifen.

Es war ein seltsamer Zusammenklang von gebrochenen, verschleierten Tönen, ein zeitlos-stiller Frieden, als seien ihm die ganzen letzten Jahre in Amerika zu traumhaft-weiten Fernen entrückt worden. —

Da knirschte ein rascher Schritt auf den Sandsteinstufen der Veranda.

Ein weißes Kleid tauchte in der Türöffnung auf, und es war auf einmal, als grüße ein Hauch von Jugend und Sonne in das feierliche Dämmern des Speisesaals.

Wie ein schimmerndes Bild hob sich die schmale Gestalt eines jungen Mädchens aus dem ungewissen Helldunkel des Hintergrundes.

Das rosige Licht der Lampe zitterte mit weichen Reflexen in dem Goldgespinst des reichen Blondhaares, das fast zu schwer über dem reizenden Kindergesicht zu lasten schien.

Zwei große Kornblumenaugen standen darin und zwischen den halbgeöffneten Lippen blitzten die Zähne wie weiße Perlen in einer Scharlachfrucht.

Zur Lage in Dresden.

Der **Mittwochvormittag verlief**, wie die „Dr. Nachr." melden, **ohne Störung**, so daß das Straßenbild bis auf vereinzelte Menschenansammlungen allmählich wieder das frühere Bild anzunehmen begann. Auch die Markthallen hatten mit kleinen Unterbrechungen, die durch Demonstranten verursacht wurden, am Vormittag wieder ihre Pforten geöffnet, doch war das Angebot sehr gering.

Die **Demonstrationsumzüge** der Dresdner Arbeiterschaft gegen Teuerung und Wucher, zu denen die Parteien der Linken und Gewerkschaften im Verein mit dem Erwerbslosenrat aufgerufen hatten, fanden gestern nachmittag unter **gewaltiger Beteiligung** statt. Unter Vorantragung roter Fahnen und Absingung von Arbeiterliedern bewegten sich die Massen vom Wiener Platz aus in drei geschlossenen Zügen in musterhafter Ordnung, begleitet von Radfahrern, nach verschiedenen Richtungen durch die Stadt. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall. Die Züge lösten sich in voller Ruhe und Ordnung an den vorher festgesetzten Zielpunkten auf.

Ein Aufruf des Polizeipräsidiums.

An die Einwohnerschaft Dresdens. Die Vertreter aller politischen Parteien, die der Gewerkschaften, wie auch Vertreter des Erwerbslosenrates haben das Polizeipräsidium wissen lassen, daß sie es für eine ungeheure Torheit halten, wenn von vollständig unwissenden Leuten versucht wird, ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie auffordern, die Markthallen und die Läden zu schließen. Die Durchführung eines solchen geradezu wahnsinnigen Gedankens würde das vorhandene entsetzliche Elend der Minderbemittelten in unerhörter Weise steigern. Wir ersuchen deshalb alle Einwohner, gegen das Schließen der Läden Stellung zu nehmen, wie wir anderseits die Ladenbesitzer ersuchen, sich nicht durch unreife Burschen beeinflussen zu lassen, ihre Läden zu schließen. Sie können sich versichert halten, daß nicht nur die staatlichen Ordnungsorgane, sondern auch der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft sie in ihrem Bestreben unterstützen wird. Anderseits wird die Bevölkerung ersucht, den behördlichen Organen bei ihrer Bekämpfung des Wuchers durch Anzeige und Unterstützung zu helfen. Die Händler aber werden dringend ersucht, die Erbitterung nicht durch Fordern wucherischer Preise zu steigern. Bezüglich der gestrigen Demonstration hatten sich die Spitzenorganisationen der Polizeiverwaltung gegenüber verpflichtet, in allen Fällen die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Gegen die Demonstrationen.

Vom Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände, Ortsausschuß, ist eine Entschließung gefaßt worden, in der die **Demonstrationen in Dresden abgelehnt** und die Mitglieder des Gewerkschaftsringes aufgefordert werden, sich an irgendwelchen öffentlichen Demonstrationen nicht zu beteiligen. — Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden, christlich-nationale Richtung, wendet sich gegen die Demonstrationen und fordert, daß seine Vertreter bei allen Verhandlungen, die die Staatsregierung sowohl als auch die Stadt Dresden mit Vertretern von Arbeitnehmern zur Beseitigung der augenblicklichen Lage führen, hinzugezogen werden. — Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband teilt mit, daß seine örtliche Leitung völlig hinter der Entschließung des Deutschen Gewerkschaftsbundes steht.

Offener Brief an Herrn Polizeipräsidenten Menke.

Der Dresdner Bürgerrat, unterzeichnet von M. Weidauer, verbreitet folgenden offenen Brief an den Dresdner Polizeipräsidenten Menke:

Herr Polizeipräsident! Ueber eine halbe Woche dauern die **Unruhen in Dresden!** Anfänglich kleine Zusammenrottungen, sind sie zu Aktionen großen Stils ausgewachsen, die die Sicherheit der Stadt aufs schwerste bedrohen. Sie konnten nur zu solchem Umfange auswachsen, weil Sie, Herr Polizeipräsident, **nicht** beim ersten Aufflackern der Bewegung **über die Fähigkeit und Energie verfügten**, sie mit Zielbewußtsein ohne Blutvergießen zu unterdrücken. Jetzt ist Blut geflossen! Die moralische Schuld daran tragen nächst den Hetzern Sie durch die Laxheit Ihrer Maßnahmen. Aber auch die Beamten der Polizei, die ohne Anstrengung der Bewegung hätten Herr werden können, wenn Sie von vornherein die nötigen Anordnungen erteilt hätten, sind durch dieses Verhalten vor eine unnötige erschwerte Aufgabe gestellt und Gefahren ausgesetzt, die bei zielbewußtem Vorgehen von Ihrer Seite hätten vermieden werden können. Sollte in den nächsten Tagen weiterhin Blut fließen, so tragen die moralische Verantwortung dafür nunmehr in allererster Linie Sie selbst. Aber auch für den wirtschaftlichen Schaden, der weiten Kreisen der Bevölkerung dadurch entstanden ist, daß Sie ihr den gesetzlich zustehenden polizeilichen Schutz nicht rechtzeitig gewährt haben, sind Sie nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich haftbar. Wir teilen Ihnen daher mit, daß wir hierdurch alle Geschäftsleute und Privatpersonen, die durch das Versagen des polizeilichen Schutzes geschädigt sind, auffordern, Mitteilung über die Höhe des ihnen erwachsenen Schadens, soweit er durch das Schließen der Geschäfte und aller anderen mit den Demonstrationen im Zusammenhang stehenden Umstände verursacht ist, bei unserer Geschäftsstelle Reichsstraße 24/II zu machen, damit wir die Durchführung dieser Schadenersatzklage in die Hand nehmen können. Dabei stellen wir nochmals ausdrücklich fest, daß das Versagen des polizeilichen Schutzes nur Ihnen und nicht der pflichttreuen Beamtenschaft zuzuschreiben ist.

Sport.

500 000-Mark-Preis für Teilnahme am deutschen Küstensegelflug. Bei der Verteilung der Preise für die Teilnehmer am ersten deutschen Küstensegelflug wurde dem Ostpreußen Schulz eine Prämie von 500 000 Mark für den Streckenflug vom Predienberg bis Pillkoppen zuerkannt. Von einer im Anschluß an die Preisverteilung gemachten Stiftung in Höhe von einer Million Mark wurde die eine Hälfte den Rhönsegelflügen, die andere Hälfte den Veranstaltungen auf der Nehrung zugesprochen.

Internationale Ruderregatta in Dresden am 9. und 10. Juni, veranstaltet vom Sächsischen Regattaverein. Infolge zahlreich eingegangener Meldungen dürften außerordentlich scharfe und spannende Kämpfe zu erwarten sein.

Stiftung eines Schwimmbassins in Dresden. Geh. Kommerzienrat Arnhold in Dresden hat 200 Millionen Mark gestiftet. Mit dieser Summe soll die Illgen-Kampfbahn mit dem ihr fehlenden Schwimmbassin versehen werden. Damit ist ein alter Wunsch der Dresdner Schwimmsportvereine seiner Erfüllung nahegerückt worden.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend gebe hiermit bekannt, daß ich ein

Blusen-, Kleider- und Wäsche-Konfektions-Etagen-Geschäft
Elbstraße 14

eröffnet habe. Unter Zusicherung reeller Bedienung bitte ich bei Bedarf um gütigen Besuch meines reichhaltigen Lagers. Nur aparte Neuheiten.

Frau Else Pröse, Elbstr. 14, 1. Et.

Dr. med. H. Ortloph
prakt. Arzt und Geburtshelfer
ab **1. Juni** auch
Kassenarzt
für alle in Frage kommenden Krankenkassen.
Riesa, Hauptstraße 37 II., neben Reichsapotheke.
Sprechzeit werktags vorm. 8—10, nachm. 1—3.
Fernruf 383.

Kammerlichtspiele
Hauptstr. 1
Nur noch heute: **Raffinierte Frauen.**
Ab morgen Freitag:
Tarzans neue Mission 5. Teil
Elmo der Furchtlose.
Elmo Lincoln bietet in diesem Teile seine Meisterleistung!
Hierzu ein tolles Lustspiel.
Täglich 7 und 9 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr.
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer **K. Mareck.**

Ruf-Entrahmer
bester Milchseparator für Ziegenhalter, kleinste und große Wirtschaften, von 40 bis 150 Liter stündlicher Leistung. **Aluminium-Trommel und Aluminium-Milchgefäß.** Man kaufe nicht, ehe man den gesetzlich geschützten **Ruf-Entrahmer** besichtigt hat.
Fabrik-Niederlage bei
Max Reimer, Langenberg bei Riesa
— Fernsprecher Nr. 416. —

Gut erhaltene, gewirkte, bunte, türkische
Longschals
in der Größe von ca. 3,25×1,65 m, in der Preislage bis **Mark 80 000.—** ständig zu kaufen gesucht. Auch einzelne Stücke. Angebote:
Back, Hamburg, Isestr. 17.

Schlacht- und verunglückte **Pferde** kauft zum Tagespreis
Notschlachtungen werden Tag u. Nacht ausgeführt
Albert Mehlhorn, Gröba, Telefon Riesa 685.

Ostermädchen.
Ich suche im Auftrage 1 solides j. Mädchen als Stütze nach Leipzig. Hohe Bezahlung bei vollem Familienanschluß. Offerten an
E. A. Goldiß, Bismarckstr. 4, II.

Gesucht zuverl. Persönlichkeit
z. Beaufsichtig. alleinsteh. Dame b. period. auftret. Krankheit. Offerten unter P X 346 an Tagebl. Riesa.

Wo kann junges Ehepaar in Riesa od. nächst. Umgeb.
2 oder mehr Zimmer
abvermieten?
Angebote unter P W 347 an das Tageblatt Riesa.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.
Heute letzter Tag: „Der Liebling der Götter"
mit Gunnar Tolnaes sowie Harold Lloyd.
Freitag bis Montag: Das gr. Monumental-Filmwerk
„Stadt in Sicht"
ein Drama in 5 Akten von Henrik Galeen und Fr. Sinburg.
Als Lustspiel: „Drüber und drunter"
eine echt amerikanische Groteske in 2 Aufzügen.
Vorführungen: Werktags 7 und 9 Uhr. Sonntag ab 4 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Anna Zach.**

Zu dem am **Sonnabend**, 2. Juni, im **Gasthof Panitz** stattfindenden
Katerbummel
vom Separat-Tanzkursus ehemaliger Handelsschüler zu Riesa, Herbst 1922, laden wir hiermit alle ehemaligen Tanzstunden-Schüler und -Schülerinnen herzlichst ein. **Der Vorstand.**

Gasthof Nünchritz.
Sonntag, den 3. Juni
großes Extra-Konzert
ausgef. vom Musikkorps des 2. Batl. Inf.-Regt. 12 Quedlinburg (18 Mann).
Anfang ½5 Uhr.
Nach dem Konzert feiner Ball.
Ergebenst ladet ein **Max Rentzsch.**

Achtung! Wo gehen wir Sonnabend, 2. Juni, hin?
Alle nach **Kleinrügeln**, da hält der Kaninchenzuchtverein Rasse- und Nutztierzucht auf vielseitigen Wunsch sein **Frühjahrsvergnügen** ab, verbunden mit komischen Vorträgen. Um zahlreiches Erscheinen bitten **der Vorstand und der Wirt.**

Versteigerung.
Nächsten Sonntag, den 3. Juni, sollen von nachmittag 2 Uhr an in **Oelsitz im Grundstücke Nr. 6** folgende Nachlaßgegenstände meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: 2 Sofas, 1 Kommode mit Glasaufsatz, Tische, Stühle, 2 Kleiderschränke, 2 Bettstellen, 1 Lade, Kleidungsstücke u. versch. a.
Moritz Weimert, verpfl. Auktionator.

Das **Emaillieren von Fahrrädern**
führen sauber und preiswert innerh. 3 Tagen aus
A. Schmidt & Co., Röderau
und Lager Zeithain — Telefon Riesa 719. *

Ziegen-, Zickel-, Kanin-, Maulwurfs-Felle
sowie alle anderen Arten
kauft zu Tagespreisen **O. Meißner,** Altmarkt.

Roßschlächterei Goethestraße.
Prima Roß- und Fohlenfleisch
von Freitag nachmittag an
Oskar Stein, Roßschlächter.

Roßschlächterei Riesa Schützenstr. 19
Morgen Freitag und Sonnabend
Fleischverkauf.
Otto Gundermann, Tel. 273.

Kirschenverpachtung.
Die Verpachtung der diesjähr. Kirschennutzung der Gemeinde Heyda findet Montag, den 4. 6., nachmittags 6 Uhr im Restaurant „Gute Quelle" in Heyda meistbietend statt. Der Gemeindevorstand.

Vereinsnachrichten

Ehemal. Angehör. d. F.-Art.-Rgtr. 32 und 68. Freitag, 1. Juni, 8 Uhr abends Versammlung im Schützenhaus. Denkmalsfeierlichk. betr. Festbeitrag mitbringen. Vollzählig erscheinen.

Homöop. Verein. Sonnabend 8 Uhr Schlachthof.

103er-Ausflug! Abf. p. Bahn 1,30. Nicht Elbbrücke.

Kücheneinrichtungen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Kleiderschränke
Tische :: Stühle
empfehlen äußerst preiswert
Brändel & Sohn, Bau- und Möbeltischlerei
Röderau, Telefon Riesa 572.

Am Freitag, 1. Juni, nachmittag von 2—5 Uhr findet der
Verkauf sächsischer Butter
zum Preise von 2940.— M. per Stück statt für die Inhaber der Brotmarken-Ausweise Nr. 1 bis 120, Ausgabebezirk Stern, im Geschäft Schloßstraße 15 und Nr. 1 bis 150, Ausgabebezirk Knabenschule, im Geschäft Wettinerstraße 24.
Brotmarkenausweise sind vorzulegen.
Molkereigenossenschaft Riesa.

Käte Trübenbach
Walter Schmidt
danken herzlichst zugleich im Namen ihrer Eltern für die zu ihrer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten.
Langenau (Erzg.) Glogau i. Schl.
im Mai 1923.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen, welche dies durch Blumenspende, Schrift, Wort und Geleit zum Ausdruck brachten
aufrichtigen Dank.
Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.
Riesa, Klötzerstraße 11.
Familie P. Jähnig und alle Hinterbliebenen.

Gutmöbl. Zimmer
von Ingenieur gesucht. Angebote mit Preis unt. P Y 346 an Tagebl. Riesa.

Jge. Frau sucht Aushilfe zum Bedienen der Gäste
auch aufs Land. Off. unt. P Z 350 an Tagebl. Riesa.

Perfekte Schneiderin
(Weißnäherin und Wäschestickerin) gesucht.
Offerten unter P Y 349 an das Tageblatt Riesa.

Waschfrau
wird gesucht Rosenplatz Nr. 4b, 1. (Reichsbank).

Wirtschaftsgehilfe
zum baldigen Antritt gesucht Oelsitz Nr. 11.

Suche Gras- u. Kleeflächen zu pachten.
Julius Ehlert, Neuweida. Telefon Nr. 447.

Scheune
7×13 m groß, m. ca. 10 kbm Kantholz z. Wiederaufbau, auch als Schuppen geeignet, auf Abbruch zu verkaufen. Näheres durch
Baumeister Arthur Hennig, Gröba.

Kinderkorb mit Gestell und Klappstühlchen zu verkaufen. Rosseck, Neuweida, Hauptstr. 31, p.

Blaufeidnes Trikot-Damenjackett zu verkaufen.
Schirmer, Merzdorf.

Nationalkassen
kauft zum Tagespreis nach Nummernangabe.
E. Mittwoch, Bln.-Charlottenburg, Neue Kantstr. 27.

Empfehle noch preiswert: **Reines Schweineschmalz, ger. Speck, Margarine,** feinste frische bayr. und **mecklenb. Tafelbutter,** ½-Pfd.-Stück 5000 Mk.
Fr. Koch, Hptstr. 19.

Morgen frische **Seefische.**
Clemens Bürger.

Freitag und Sonnabend
prima Schweinsköpfe
empfiehlt
Fr. Koch, Hauptstr. 19.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Neudeutsche Weltpolitik.

Je kritischer sich die Fragen um Ruhrbesetzung und Reparationen zuspitzen, desto unerbittlicher drängt sich allen besonnenen Elementen bei uns die Erkenntnis auf, daß es uns in unserm Kampf um politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung nach wie vor an nichts weniger gebricht, als an einer über die Landesgrenzen hinausreichenden, den Nachkriegsverhältnissen entsprechenden klaren politischen Orientierung. Dabei könnte es leicht vermessen erscheinen, ohne weiteres wieder dem offenen Meer einer allgemeinen Weltpolitik zuzustreben und es scheint beinahe, als müsse das deutsche Volk nach dem Zusammenbruche des alten Regimes auf dem begrenzten Felde einer bestimmten „Kontinentalpolitik" außenpolitisch gleichsam erst wieder gehen lernen. Nicht genug kann vor einer solchen voreiligen Absteckung unseres politischen Horizonts gewarnt werden. Französische Kontinentalpolitiker können sich nur ein französisches Europa denken, bolschewistische nur ein panslawisch gerichtetes und die italienischen Faschisten wähnen in den Spuren der alten Römer zu wandeln. Gewisse Grundtöne dieser unterschiedlichen Weisen europäischer Kontinentalpolitik stimmen überein, aber kein Ton, der aus der Tiefe deutschen Wesens hervorbringen würde, könnte damit zusammenklingen.

Die Deutschen sollen sich damit bescheiden, in aller Welt für gute Leute, aber schlechte Musikanten zu gelten. Noch sind in allen Großstaaten Männer am Ruder, die in diesem Punkte eines Sinnes sind. Aber die Völker haben angefangen, auf die sie mächtig ergreifenden Klänge aufzuhorchen, die aus der vergewaltigten Ruhrbevölkerung zu ihnen dringen. Sie ahnen, daß unter den Qualen der Opfer des sadistischen Poincaré'schen Imperialismus ein neuer Rhythmus für das Gemeinschaftsempfinden der weißen Kulturmenschheit geboren wird, ein Rhythmus, für den das deutsche Wesen tonangebend werden könnte.

Um dieser weltgeschichtlichen Wandlung beizeiten gerecht zu werden, muß sich eine neue deutsche Weltpolitik mehr auf die Völker als die Regierungen einstellen. Noch scheint es manchen so, als habe die weiße Kulturmenschheit nur mehr die Wahl, bolschewistisch oder angelsächsisch-amerikanisch zu werden. Aber der Bolschewismus ist letzten Endes nur ein unzulänglicher Versuch, den Lauf der Welt aufzuhalten, bis die breiten Massen des Slawentums reif werden, die Träume panslawistischer Ideologen von einem neuen panslawischen Kulturtyp, der das Erbe der germanisch-romanischen Kulturepoche antreten würde, zu erfüllen und der angelsächsische „Amerikanismus" ist ein nicht minder unzulänglicher Versuch, über die nicht angelsächsische Welt einen dauernden, ihre Wuchskräfte lähmenden Belagerungszustand zu verhängen, damit das steril gewordene Angelsachsentum in Muße die Früchte seiner Eroberungen und seiner Vorherrschaft genießen könne.

Wir haben vor dem Slawentum voraus, fertig, vor dem Angelsachsentum, nicht überlebt zu sein! Das Franzosentum kommt für weltgeschichtliche Ausblicke überhaupt nicht in Frage. Auf seinen Imperialismus kann man das Wort Montesquieus anwenden, daß Staaten ihrem Untergange am nächsten seien, wenn sie am meisten glänzen. Wer hindert uns, außer mit unsern Stammesgenossen, mit den Massen der nichtangelsächsischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten Fühlung zu nehmen, die die angelsächsische schon an Zahl überholt hat und die gewaltige Mehrheit der amerikanischen Arbeiterschaft ausmacht? Und wie könnte uns die Diktatur der kommunistischen Partei in Rußland auf die Dauer hindern, mit den breiten Massen russischer Arbeiter und Bauern unmittelbar Fühlung zu gewinnen, die aus ihrer Revolution gelernt haben, daß sie unserer kulturellen Führung noch bedürfen, die freilich in keinerlei politische Vormundschaft ausarten dürfte. Mag rein machtpolitisch unsere Weltstellung noch so verzweifelt erscheinen, unser weltpolitischer Horizont könnte sich gleichwohl rasch nach allen Seiten aufklären, wenn wir unsere Sendung darin erkennen, bei der Gestaltung einer neuen Weltkultur die Führung zu übernehmen.

Die Besprechungen in Berlin.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrates trat gestern nachmittag unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Dr. Cuno zu einer Sitzung zusammen, an der neben den Mitgliedern des Reichskabinetts auch die Ministerpräsidenten der Länder teilnahmen. Die Verhandlungen waren streng vertraulich.

Ueber die gestrige Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichsrates melden die Blätter, daß neben den Reichsministern fast alle Ministerpräsidenten der Länder persönlich erschienen waren. Der Reichskanzler habe über die Grundlinien des beabsichtigten deutschen Schrittes in der Reparationsfrage berichtet.

Wie gemeldet wird, hat der **Reichsverkehrsminister** dem Hauptbeamtenrate seines Ministeriums nahe gelegt, zu dem Angebot der deutschen Industrie Stellung zu nehmen.

Der Vorstand der **sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** befaßte sich laut „Vorwärts" gestern mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er billigte den Schritt der sozialdemokratischen Unterhändler, die Reichsregierung zu veranlassen, ein konkretes Angebot zu machen, das Deutschland den Weg zu internationalen Verhandlungen öffne. Weiter befaßte sich der Fraktionsvorstand mit dem Angebot der deutschen Industrie und lehnte es auf das entschiedenste ab, daß die selbstverständliche Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten von irgendwelchen Voraussetzungen oder Bedingungen abhängig gemacht werde. Der Fraktionsvorstand wendet sich gegen den Vorstoß der Industrie zum Zwecke des Abbaues der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft.

Spannung zwischen England und Rußland.

Ein aus Moskau an den Manchester Guardian abgesandtes Telegramm besagt, Tschitscherin habe dem Moskauer Berichterstatter des Blattes gegenüber erklärt, die Lage sei äußerst ernst. Lord Curzon habe seine endgültigen Forderungen Krassin noch nicht unterbreitet, aber in einer Unterredung habe er die Forderung nach Abberufung von Schimiataky und Raskolnikow wiederholt. Tschitscherin habe erklärt, wenn Großbritannien auf dieser Forderung bestehe, sei der **Bruch unvermeidlich.**

Aus Lausanne.

In der gestrigen Sitzung der Bevollmächtigten lehnte Ismet Pascha von neuem die Forderung der Alliierten in der Frage der Reichsgarantie der Ausländer ab, d. h. das Visum der ausländischen Rechtsbeiräte vor jeder Verhaftung oder Haussuchung. Man einigte sich auf eine Formel, die anstelle eines Visums die sofortige Verständigung des Rechtsbeistandes nach einer Verhaftung oder Haussuchung vorsieht. Diese Formel, die, wenn sie endgültig angenommen würde, einen wesentlichen Erfolg für die Türken bedeuten würde, soll zunächst den alliierten Regierungen vorgelegt werden. Man glaubt aber bereits heute zu wissen, daß die englische Regierung sie in dieser Fassung nicht annehmen werde.

Vor dem mit der Grenzfestsetzung beauftragten Sachverständigenausschuß vertrat der bulgarische Delegierte Todoroff in längeren Ausführungen die Forderung der bulgarischen Regierung nach einem Zugang zum Aegäischen Meere. Es wurde festgestellt, daß die Abtretung des Gebietes von Karagatsch an die Türken die bulgarischen Interessen nicht berühre, da für die Benutzung der Eisenbahnlinie Karagatsch—Dedeagatsch auf türkischem Gebiet die Türken an den weiteren Verhandlungen unter den gleichen Bedingungen teilnehmen werden, wie bisher die Griechen.

Venizelos forderte vor demselben Sachverständigenausschuß, daß das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch auch auf die Bewohner von Karagatsch Anwendung finde. Die Türken haben sich ihre Antwort vorbehalten. Venizelos reist nach Paris und wird erst am Sonnabend wieder zurückerwartet.

Poincarés Ausführungen zur Ruhrfrage.

Im Verlaufe einer weiteren Rede in der Kammer erklärte **Poincaré**, der Abgeordnete Herriot hätte die Errichtung eines **Zollkordons** in den Rheinlanden einer Besetzung des Ruhrgebiets vorgezogen. Diese Methode, die von England und Belgien zurückgewiesen worden sei, wäre vollkommen wirkungslos gewesen. Der Abgeordnete **Herriot** ruft dazwischen: „Dann hätten wir die Zölle einnehmen können", worauf **Poincaré** schnell erwidert: „In Papiermark, das ist nicht das, was wir nötig haben. Vergessen Sie nicht, daß Belgien und England vorher vom Ministerpräsidenten Briand verlangt haben, daß dieser Zollkordon aufgehoben würde. (**Briand** bestätigt das.) Hätten Sie also vorgezogen, daß ich mich von Belgien trenne, um die Ruhraktion zu verhindern? Der Abgeordnete Herriot gibt sich großen Illusionen hin, wenn er glaubt, daß man weiter auf alliierte Verhandlungen sich hätte einlassen können, wie dies im Januar in Paris geschehen ist." (**Herriot** bleibt dabei, daß das Memorandum vom 11. Januar die Tür offen gelassen habe für eine spätere Verständigung. **Poincaré** fährt fort: Sie lassen immer wieder die Diskussion auf der Pariser Konferenz außer Acht. Wir wollten durch ein neues Moratorium den deutschen Widerstand nicht ermutigen. Der Abgeordnete Herriot habe verlangt, daß die Ruhraffäre vor dem Winter ein Ende finde, da er das Ende der Kohlenläger befürchtet. Er (Poincaré) teile diese Befürchtungen nicht, denn man habe Mittel gefunden, um die Läger aufzufüllen. Er glaube nach den der Regierung aus Deutschland zugekommenen Nachrichten, daß der **Widerstand des Deutschen Reiches jetzt seinem Ende entgegengehe.** (Der Abg. **Cachin** ruft dazwischen: Das hat man während des Krieges immer gesagt.) **Poincaré** erwidert: Aber wenn man auf Sie gehört hätte, der Sie immer verlangten, daß wir frühzeitig verhandeln sollten, wo wären wir jetzt? **Wir haben die Deutschen während des Krieges bekommen, wir werden sie auch jetzt haben.** Wenn Deutschland seinen Widerstand fortsetzen will, dann sage ich Ihnen, daß wir bereit sind, auch unsere Operationen fortzusetzen. Es wäre nicht gut, Deutschland zu sagen, daß wir gespalten sind, und je mehr wir jetzt ungeduldig sind, um so weniger beeilt sich Deutschland. Es muß wissen, daß wir, solange es nötig ist, warten können. Man hat gesagt, Deutschland muß kapitulieren; dieses Wort erschreckt mich nicht, es ist auch gar nicht deplaziert gegenüber einem Gegner, der widerspenstig ist. Deutschland muß zahlen, was es schuldig ist. Nur die unter dem Druck getroffenen Maßnahmen können die Regelung der ganzen Angelegenheit erleichtern. In Deutschland gibt es vielleicht eine Partei, die die Pflicht Deutschlands, die Reparationen zu zahlen, anerkennt. Diese Partei ist aber sehr schüchtern und wankend und unterliegt ihren eigenen Bedenken. Bevor wir auf ihren Beistand zählen, ist es besser, auf uns selbst zu zählen. Im Jahre 1914 haben die Utopisten auf die deutschen Sozialdemokraten gerechnet. Was haben diese verhindert? Ich wünsche, daß es viele Deutsche gäbe, die Freunde der Gerechtigkeit und des Friedens sind, aber wir selbst werden uns die Reparationen verschaffen müssen.

Abg. **Herriot** erklärt darauf, daß er für die Ruhrkredite stimmen werde. Er bleibe davon überzeugt, daß es interessant für Frankreich wäre, einen Kontakt mit den deutschen Demokraten zu suchen, indem man diesen Deutschen zeige, daß man, wenn man Frankreich helfe, seine Reparationen zu erlangen, sie in ihren Emanzipationsbestrebungen unterstützen werde.

Im ganzen haben bei der **Abstimmung**, deren Ergebnis wir bereits gestern mitgeteilt haben, 10 bürgerliche Abgeordnete gegen die Ruhrkredite gestimmt, nämlich 3 Sozialistisch-Radikale, darunter der Abg. Hennessy, 4 Radikale, 1 Mitglied der demokratisch-republikanischen Linken, der ehemalige Unterstaatssekretär Albert Favre, sowie 2 Abgeordnete, die keiner Partei angehören. Nach 11 Uhr abends war die Sitzung beendet.

*

Die Pariser Presse zur Abstimmung.

Zu der Abstimmung über die Ruhrkredite liegen zur Zeit nur wenige Pressestimmen vor. Das **„Echo de Paris"** schreibt, dieser Tage werde auch der Senat über die Ruhrkredite verhandeln. Kein Zweifel, daß seine Abstimmung mit demselben Schwung und der gleichen Einmütigkeit wie die der Kammer das tiefe Empfinden des Landes zum Ausdruck bringen werden. Die Aktion gegen Deutschland werde sich noch verschärfen, noch mächtiger und unwiderstehlicher. Man müsse der deutschen Regierung deutlicher zu verstehen geben, daß keine andere Lösung möglich sei, als diejenige, die Poincaré in sichere Aussicht gestellt habe: Nachgeben, bezahlen.

Gustave Hervé führt in der „Victoire" aus, die Kammer habe nicht gezögert, sie habe sich in eng geschlossener Reihe hinter Poincaré gestellt. Auf dem Gebiete der Außenpolitik sei Poincaré nicht geschlagen, er sei es umso weniger, als der Präsident der Republik mit aller Entschiedenheit zu ihm stehe. Verwundbar machen könne ihn seine Innenpolitik, wegen seiner ständigen Weigerung, zwischen der Innenpolitik der Herriot, Painlevé, Payot und ihren sozialistischen und kommunistischen Verbündeten einerseits und der Innenpolitik des nationalen Blocks andererseits zu wählen. Tardieu greife ihn auf dem Gebiet an, wo er nicht zu schlagen sei.

Abflauen der Streikbewegung im Ruhrgebiet.

Wie dem Wolffbüro aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes mitgeteilt wird, ist unter der Wirkung des Lohnabkommens auf den meisten Zechen die **Arbeit wieder aufgenommen** worden. Auf den übrigen Zechen ist die Wiederaufnahme binnen kurzem zu erwarten. Es handelte sich bei den jüngsten Ereignissen nicht um eine allgemeine Lohnbewegung im Bergbau. Die Stillegung der meisten Zechen erfolgte vielmehr zwangsweise durch die proletarischen Hundertschaften. Nach Feststellungen der Gewerkschaften befindet sich in der Zentralstreikleitung kein Mitglied eines der großen Bergarbeiterverbände. Die Zentralstreikleitung hat selbst dem allgemeinen Drucke nachgebend zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Die **Gefahr eines Wiederaufflackerns** der Streikbewegung **besteht aber immer noch** und es besteht angesichts der Ausweisung der Schutzpolizei durch die Besatzungsbehörden für die Großstädte eine **große allgemeine Gefahr** fort. In zahlreichen Städten ist man mit der **Bildung von Selbstschutz** unter Teilnahme aller Schichten der Bevölkerung beschäftigt. Um die Beseitigung der Unruhen haben sich die kommunale Polizei und die Schutzorganisationen hervorragende Verdienste erworben.

Der Kölnischen Zeitung wird aus **Bochum** gemeldet: An den Straßenecken sind **Anschläge der Polizeiverwaltung** folgenden Inhalts angebracht worden: „Die gesetzmäßige Polizei hat den Ordnungsdienst wieder übernommen. Jede Gewalttat wird rücksichtslos unterdrückt. Ansammlungen sind zu vermeiden. Jeder gehe seiner Beschäftigung nach." Die Anwesenheit frischer Polizeikräfte machte sich in den frühen Morgenstunden in erfreulicher Weise bemerkbar. Die Feuerwehr und der ihr beigegebene Sicherheitsdienst fuhren in Lastautos durch die Stadt und besetzten den Moltkeplatz, den Hauptsammelplatz der Aufrührer. Gegen Mittag waren alle Straßen und Plätze wieder frei. — Die **Gewerkschaften** geben in **Anschlägen** bekannt, daß die organisierten Arbeiter sich von den Kommunisten nicht zu Putschen mißbrauchen lassen sollten. Das Ziel dieser Aufstandsbewegung sei der kommunistische Staat. Mit der Wiederkehr der Ordnung ist der Streik in sich zusammengebrochen und es ist damit zu rechnen, daß in allen Betrieben und Zechen die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine deutschnationale Anfrage wegen der Kommunistenaufstände. Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtages hat folgende Große Anfrage an die Regierung gerichtet: „Die kommunistischen Aufstände im Ruhrgebiete haben Ordnung und Sicherheit in gefährlicher Weise zerstört, die nationale Abwehraktion empfindlich erschüttert und die Autorität des preußischen Ministers des Innern geschwächt. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um Ruhe, Ordnung und Regierungsautorität wiederherzustellen und Preußen gegen kommunistische Gefahren zu sichern?"

Neuordnung der Strafgerichte. Der Reichsrat erledigte die Vorlage zur Neuordnung der Strafgerichte. Hiernach setzt sich die erste Instanz der Strafgerichte nur aus Schöffengerichten, kleinen und großen Schöffengerichten zusammen. Gegen sämtliche Urteile der ersten Instanz soll die Berufung an die Strafkammer zulässig sein, die mit zwei Richtern und drei Laien besetzt ist. Weiterhin soll Revision an das Oberlandesgericht oder je nach der Lage des Falls an das Reichsgericht erfolgen können. Die Ausschüsse haben eine schwächere Besetzung der Schwurgerichte beschlossen. Die Zahl der Geschworenen soll von 30 auf 6 herabgesetzt werden, die neben den drei Berufsrichtern nicht allein über die Schuldfrage, sondern auch über das Strafmaß urteilen sollen. Das peremptorische Ablehnungsrecht der Geschworenen soll fortfallen. Schließlich soll das Privatklageverfahren in erheblich größerem Umfange als bisher durch das Sühneverfahren ersetzt werden. Die Vollversammlung trat den Beschlüssen der Ausschüsse bei.

Verhandlung gegen Alfred Roth. Vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde gestern die am Sonnabend vertagte Verhandlung gegen den früheren Hauptgeschäftsführer des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Alfred Roth wegen Beleidigung Rathenaus und Aufreizung zum Klassenhaß fortgesetzt. Roth hatte in einer Rede in Stettin am 8. Mai 1922 Rathenau u. a. als Kandidaten des Weltjudentums bezeichnet und ihm vorgeworfen, daß er auf die Bolschewisierung Deutschlands hinarbeite. Der Oberreichsanwalt ließ die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß fallen und beantragte wegen Beleidigung der Reichsregierung auf eine Gefängnisstrafe von acht Jahren und Geldstrafe von 100 000 M. sowie Publikationsbefugnis in einigen Berliner und Stettiner Zeitungen. Die Weiterverhandlung findet morgen statt.

Ueber die Hinrichtung Schlageters erfährt die Düsseldorfer Zeitung noch folgende Einzelheiten: Schlageter wurde in einem Kraftwagen zur Golzheimer Heide gefahren. Beim Verlassen des Wagens umarmte er den ihn begleitenden Geistlichen. Dann kniete er vor einem Pfahl nieder und ließ sich in dieser Haltung, die Hände auf dem Rücken, am Pfahl festbinden. Die Augen wurden ihm verbunden. Auf der Brust trug er ein Kreuz. In einer Entfernung von etwa sechs Metern hatten zwölf Soldaten nebeneinander unter Leitung eines Feldwebels Aufstellung genommen. Die Gewehre waren vorher mit je einer scharfen Patrone geladen und unter die Soldaten verteilt worden. Im Laufe des 12. Gewehres befand sich nach altem militärischem Brauch eine Platzpatrone, sodaß kein Schütze wußte, ob er einen scharfen Schuß abgegeben hatte oder nicht. Als der Feldwebel seinen Säbel senkte, krachten die Schüsse. Schlageter war sofort tot. Die Kugeln durchbohrten seinen Körper und lösten die Fesseln, sodaß der Körper nach vornüber sank. Der Luftdruck der Salve war so stark, daß sich die Augenbinde löste.

Tschechoslowakei.

Die Besserung der Wirtschaftslage. Die Aktiengesellschaft vorm. Skodawerke in Pilsen hielt gestern ihre Generalversammlung ab. Der Reingewinn beträgt 32½ Millionen tschechische Kronen. Es werden 5% Dividende ausgeschüttet neben einer gleich hohen Superdividende. Das Aktienkapital wird um sechs Millionen tschechische Kronen erhöht. — Die Anglotschechische Bank erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 20 Millionen tschechischen Kronen; eine Dividende wird jedoch auf den Wunsch der Großaktionäre nicht ausgeschüttet.

Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung.

Durch eine Verordnung vom 9. Mai 1923 sind die Bestimmungen der Verordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September 1922 in verschiedenen Punkten abgeändert worden. Es gelten jetzt folgende Bestimmungen: Keinen Anspruch auf Markenbrot haben diejenigen Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1921 mehr als 30000 Mark für die alleinstehende Person oder mehr als 30000 Mark für den Haushaltsvorstand zuzüglich 15000 Mark für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen betragen hat. Den im gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen stehen diejenigen Personen gleich, die dem Haushaltsvorstand gegenüber unterhaltungsberechtigt sind und außerhalb seines Haushalts von ihm unterhalten werden, z. B. Schüler in auswärtigen Anstalten. Diejenigen, die ein größeres Einkommen gehabt haben,

SLUB
Wir führen Wissen.

haben nur dann ein Anrecht auf öffentliche Brotversorgung, wenn sie nachweisen, daß ihr Einkommen im Wirtschaftsjahre 1922/23 (16. August 1922 bis 15. August 1923) das 75fache des vorgenannten Einkommens nicht übersteigt. Dabei gilt als Einkommen des Wirtschaftsjahres 1922/23 das Einkommen vom 16. August 1922 bis zu dem Zeitpunkte, an dem die öffentliche Versorgung beansprucht wird, angerechnet auf das ganze Wirtschaftsjahr. Wer die öffentliche Brotversorgung in Anspruch nimmt, ohne dazu berechtigt zu sein, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Eine Erklärung der Reichsbank zur Wegnahme deutscher Zahlungsmittel.

Anläßlich der Wegnahme der 92 Milliarden Mark aus den Beständen der Essener Reichsbankhauptstelle durch die Franzosen veröffentlicht die Reichsbank folgende Erklärung: Die Reichsbank hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die zur Aufrechterhaltung des gesamten wirtschaftlichen Verkehrs nötigen Zahlungsmittel herbeigeschafft und insbesondere die Lohngelder rechtzeitig bereitgestellt werden. Mit welcher Mühe und Gefahr diese Bereitstellung der Lohngelder unter den heutigen Verhältnissen verbunden ist, davon machen sich nur die wenigsten einen richtigen Begriff. Handelt es sich doch bei der heutigen Entwertung der Mark und den ständig steigenden Löhnen und Preisen um ganz gewaltige Summen. Zur Befriedigung des zehntägigen Bedarfs braucht die Reichsbank zirka 50 Milliarden Mark. Wenn nun im Ganzen ungefähr 92 Milliarden in den Tresoren der Reichsbank vorhanden waren, worunter sich 30 Milliarden in Banknoten und Kassenscheinen über kleinere Beträge befanden, die heute bei dem Lohngeschäft gar nicht in Frage kommen, aus dem Verkehr aber zurückstehen und von der Reichsbank aufbewahrt werden müssen, so ist es klar, daß die vorhandene Reserve gewiß nicht zu hoch gewesen ist. Eine Reserve muß aber stets bereitgehalten werden, da in Anbetracht der wiederholt vorgekommenen Eingriffe bei Geldtransporten der Reichsbank niemand mit Sicherheit sagen kann, ob es gelingen wird, die Gelder für die nächste Löhnung zu beschaffen. Gegen eine Beschlagnahme, wie die am Samstag vorgekommene, gibt es überhaupt keinen Schutz. Der vor der Reichsbank am Haupteingang stehende Posten wurde so schnell von französischen Zivilpersonen überwältigt, daß es ihm nicht gelang, die eigens zu diesem Zweck angebrachte Alarmglocke in Tätigkeit zu setzen. Die Schlüssel sind dem sofort verhafteten schlüsselführenden Beamten unter Vorhalten des Revolvers mit Gewalt abgenommen worden.

Diözesanversammlung der Ephorie Großenhain

Montag, den 28. Mai, vorm. 11 Uhr

Im Saale des „Sachsenhofes" in Großenhain.

Die Versammlung war von den Herren Geistlichen, Patronatsherrschaften, Kirchenvorstehern usw. gut besucht. Als Vertreter der Kircheninspektion wohnte Herr Regierungsrat Glaser der Versammlung bei. Die Herren Bürgermeister von Großenhain und Riesa waren durch eine Konferenz vom Besuche der Versammlung abgehalten. Auch das Ev.-luth. Landeskonsistorium hatte einen Vertreter nicht entsandt.

Nach dem gemeinsamen Gesang von „O heiliger Geist kehr bei uns ein" hielt Herr Superintendent Scherffig eine von tiefen Gedanken durchdrungene Ansprache, die er auf das Schriftwort Jesaia 32, 13—18 aufbaute: „Es werden auf dem Acker meines Volkes Dornen und Hecken wachsen" usw. Das Schriftwort redet wie von einem Gottesgericht, das über unser Land hereingebrochen sei, es lasse aber auch einen stolzen Blick in die Zukunft tun. Es sei so, Dornen und Hecken wachsen auf dem Acker unseres Volkes. Vordem fanden die 60 Millionen unseres Volkes ihre Arbeit, heute gehen viele müßig, die keine Arbeit haben, und die, die arbeiten, tuen dies fürs Ausland. Immer höher stiegen die Preise, fruchtlos sei die Arbeit. Dornen und Hecken lähmten den rüstigen Schritt nach vorwärts. Dornen und Hecken des Parteigeistes, des Hasses und Neides, eines niedrigen Geistes, die Sünde in jeder Gestalt, wo wir hinsehen. Die allgemeine Not aber gehe auch die Kirche an, weil sie es mit den Herzen zu tun habe. Dem ganzen Volke soll sie am lebendigen Beispiel zeigen, wie man die Not trage. In den letzten Jahren sei vieles anders geworden, ein großer Umschwung sei eingetreten in der Staatsform, in der Verwaltung, Schule und Kirche. Aber vorwärts gekommen seien wir nicht einen Schritt. Aufgabe der Kirche sei es, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die einzige Rettung unseres Volkes nur von innen heraus gehe. Von Pfingsten kommen wir, Pfingstpredigten müßten wir halten, in den Herzen das Feuer des Glaubens entfachen, nicht bloß auf der Kanzel. Jeder einzelne Christ ein Bekenner des Herrn, jeder einzelne Kirchenvorsteher ein Seelsorger in seinem Kreise. Pfingstgeist müsse über jeden kommen, daß wieder alle Knie sich beugen können, daß wieder ein Hungern nach Gottes Wort durch die Lande gehe. Wir müßten dahin streben, daß das Gemeindeleben sich organisatorisch fest zusammenschließt, der Jugend eine christliche Erziehung zuteil wird, die äußeren Verhältnisse unserer Gemeinde müssen wir so sorgsam im Auge haben, wie es gehe. Gerechtigkeit soll wieder das Zepter führen. Eine geistige Erneuerung müsse durch unser Volk hindurchgehen . . . Nach herzlichen Begrüßungsworten an alle Erschienenen gab der Herr Ephorus unter **Mitteilungen** Kenntnis von einer Eingabe des Konsistoriums an den deutsch-evangelischen Kirchenausschuß. Uebernahme von **Kirchenbeamten in die Reichsfinanzverwaltung** betr., von der Generalverordnung 377 vom 30. April, die unentgeltliche **Aufnahme von Kindern aus dem Ruhrgebiet** im unbesetzten Deutschland betr., von der Generalverordnung 378 vom 11. Mai, den **Vertrieb alkoholischer Getränke** und das **Mitbestimmungsrecht der Gemeinden** bei der **Errichtung von Schankstätten** betr. Nach kurzer Aussprache beschloß die Versammlung, daß in dieser Frage eine Petition an den Reichstag abgesandt werden soll. Weiter trug Herr Superintendent Scherffig die Antwort des Konsistoriums auf die Anfrage einer Superintendentur vor, betr. die **Teilnahme am Konfirmandenunterricht.** Hiernach kann in ganz besonderen Fällen Kindern, welche nicht seit Ostern 1922 den Religionsunterricht besuchen, die Teilnahme am Konfirmandenunterricht gestattet werden, wenn diese wenigstens jetzt noch am Religionsunterricht teilnehmen oder bei einer Prüfung die nötigen religiösen Kenntnisse nachweisen. Im übrigen sei aber immer wieder darauf hinzuweisen, daß Kinder, welche vom Religionsunterricht abgemeldet sind, **nicht** in den Konfirmandenunterricht aufgenommen werden können. Die weiteren Mitteilungen betrafen die Verordnung über die **Fortbenutzung von Dienstwohnungen** von emeritierten Geistlichen oder deren Hinterbliebenen, den **Bibelverkauf,** wobei Herr Pfarrer **Jagsch-Skäßchen** auf die kurzgefaßte Lutherbibel im Verlag des Evangelischen Bundes hinwies, die Richtlinien über **Führung von Kirchenbuch-Duplikaten,** die zeitgemäße **Erhöhung der Gebührensätze,** wobei die Einführung einer gleitenden Skala empfohlen wurde. Ferner wies Herr Sup. Scherffig noch auf das **Gustav-Adolf-Fest** am 1. und 2. Juli in Großenhain hin und bat um zahlreiche Beteiligung. Das Fest besteht am Sonntag, den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr in Kindergottesdienst, nachmittags 5 Uhr Festgottesdienst (Predigt Herr Oberkirchenrat Jentzsch-Chemnitz), 8 Uhr großer Volksabend im Gesellschaftshaus, am Montag, den 2. Juli, vormittags 9 Uhr Hauptversammlung im Sachsenhof. Einige Anregungen in **Kirchensteuerfragen** sollen dem Konsistorium mitgeteilt werden.

Hierauf hielt der Synodale, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Jauck-Chemnitz einen Vortrag über **„Die Auseinandersetzung mit der Schulgemeinde über das Kirchschullehn".** Durch den Umsturz sei unser ganzes kirchliches Leben geistig und seelisch betroffen. Die Feindschaft gegen das Christentum gehe offener vor als früher. Helfen wir alle, opfern wir dafür, daß unser Volk evangelisch werde und bleibe, aber nichts werden wir geben für die, die unser Volk von der Kirche loslösen wollen. Wir wollen nicht Auflehnung, sprechen vielmehr auch heute noch: Seid untertan der Obrigkeit. **Das Kirchengut ist geschützt durch § 138 der Reichsverfassung.** Säcularisierungen sind nicht möglich, sie bedeuten ein Unrecht, sie bedeuten Raub. Wir stehen auf gesetzlichem Boden, wenn wir unsere Kirchengüter schützen. Redner ging des näheren auf das frühere innige Zusammenwirken von Schule und Kirche ein und rühmte dessen große Vorteile. Aller Lehensbesitz sei Rechtsträger für sich, selbständige juristische Personen, die geschützt seien vor dem Zugriff der Lebenden. Alle Kirchenvorsteher sollen berufen sein, die kirchlichen Interessen streng zu hüten. Redner ließ daran keinen Zweifel, daß die früheren Stifter der Kirchschullehen ihr Vermögen **nur der evangelischen Schule** vermacht hätten und gab interessante Fingerzeige über die Grundsätze, sowie Maß und Höhe von notwendig werdenden Ablösungen und die Wege, die für Ablösungen einzuschlagen sind, u. a. wegen der Stellung eines Antrages auf eine Grundbuch-Berichtigung. Die neue Schule, die abseits von der christlichen stehe, habe kein Recht an den Leben. Deutsches Erbe sei genug verloren und vergeudet worden, aber unser lutherisches Erbe geben wir nicht her. Deutsche Kultur und deutsches Bewußtsein kann nur auf evangelisch-christlichem Boden bestehen. An diese interessanten Ausführungen schloß sich eine längere anregende Aussprache, in welcher die seitens der verschiedensten Landgeistlichen gestellten Anfragen vom Vortragenden glatte Beantwortung fanden.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse der Synode auf ihrer letzten Tagung erstattete der Synodale, Herr Pfarrer Jagsch-Skäßchen, Bericht. Die letzte Synode, so führte er aus, sei ein Kind der Not gewesen. Die Staatsregierung habe zunächst die Gelder zu ihrer Existenz versagt, als der Nachweis der Berechtigung erbracht worden sei, die Gelder noch bewilligt. Zwei Gesetzesvorlagen seien es vor allem gewesen, die zur Beratung standen, der **Nachtrag zur kirchlichen Neuordnung** und das **Besoldungs- und Zentralisierungsgesetz.** Aus dem Bericht über die Synode ging Redner des näheren auf die Erhebung der Kirchensteuern, die Schaffung einer Ausgleichskasse usw. ein, dabei betonend, daß durch die letztere eine Zentralisierung der Gehälter, sowie der Einkünfte der Pfarrlehen und der Verwaltung überhaupt in die Wege geleitet werden sollen. Ferner streifte Redner die Errichtung von Pachtämtern. Spätestens am 1. Oktober 1924 soll die neue Pfarrbesoldungskasse geschaffen werden und das Gesetz in Kraft treten. Das Ganze sei ein Notgesetz und soll am 30. September 1929 wieder außer Kraft gesetzt werden. Redner betrachtete das Gesetz als eine **schwere Gefahr für unsere Landeskirche** und er fürchte, daß das Gesetz nicht das hergebe, was man von ihm erwarte. Die Eigenart des ländlichen und städtischen Lebens sei verschieden. Die Pachterträgnisse würden durch amtliche Eingriffe nicht erhöht. Er sei nicht ganz einverstanden mit dem Gesetz, trete es aber einmal in Kraft, so werde man sich bemühen, danach zu handeln. Am Schlusse seiner Ausführungen unterbreitete Herr Pfarrer Jagsch der Versammlung folgende **Entschließung,** welche auch nach kurzer Aussprache mit Mehrheit angenommen wurde:

Die Diözesanversammlung des Kirchenkreises Großenhain mit überwiegend ländlichen Gemeinden hegt schwerste Bedenken gegen das Gesetz die Besoldung der Geistlichen und Verwaltung der Grundstücke der geistlichen Lehen. Sie sieht in ihm nicht den Weg zu einem gerechten Ausgleich der Gehälter und einer Steigerung der Lehenserträgnisse. Sie bittet das Kirchenregiment, dies Gesetz, falls seine vorzeitige Aufhebung nicht möglich ist, keinesfalls vor dem 1. Oktober 1924 in Kraft treten zu lassen, damit es den kleinen Lehensgemeinden noch möglich ist, die Gehaltsschulden aus den gesteigerten Lehenseinkünften zu decken.

In der hierauf einsetzenden Aussprache wurde der **Neuwahl der Synode** am 24. Juni gedacht und aus der Mitte der Versammlung der Wunsch laut, den bisherigen bewährten geistlichen Vertreter, Herrn Pfarrer Jagsch-Skäßchen wieder zu wählen, welcher Wunsch allseitige Zustimmung fand. Ein Antrag auf Abänderung des Wahlrechtes für die Synode soll zurückgestellt und in einer besonderen Versammlung behandelt werden.

Alsdann erstattete Herr Pfarrer **Lahmann-Skassa** noch Bericht über die **Fürsorge an Strafentlassenen.** Er bat um tatkräftige Unterstützung dieses Liebeswerkes und kam darauf auf die Fürsorge für Wanderarme und das Hilfswerk für Geisteskranke zu sprechen und drückte den Wunsch aus, daß dem Hilfsverein für Geisteskranke im Freistaat Sachsen noch mehr Mitglieder beitreten möchten.

Nach herzlichen Dankesworten des Herrn Superintendenten Scherffig an die Herren Vortragenden, sowie für die gegebenen Anregungen in den Aussprachen und dem Allgemeingesang von „Nicht unser ganzes Leben allzeit nach Deinem Sinn", sowie Segen war die anregend verlaufene Versammlung nach ½8 Uhr beendet. (Gr. T.)

Juni-Neubestellungen

auf das werktäglich erscheinende Riesaer Tageblatt werden von den Postämtern und Zeitungsausträgern sowie zur Vermittelung an diese von der Tageblatt-Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59 (Fernsprecher 20) jederzeit entgegengenommen.

*

Bezugspreis für Juni durch Zeitungsboten frei Haus Mk. 6500.—.

ALTER WEINBRAND JACOBI 1880

Vertreter: Ehrhardt Klemm, Riesa, Telefon 767.

Ludwig Tieck.

Zum 150. Geburtstag. (Geb. 31. Mai 1773.)

Der Name Ludwig Tiecks ist so eng verknüpft mit der großen Geistesbewegung, die wir die Romantik nennen und die bis in unsere Tage nachwirkt, mit schöpferischer und erzieherischer Leistung, die nicht nur für ein ganzes Dichtergeschlecht maßgebend war, sondern befruchtend für die Dauer die deutsche Literatur beeinflußt, daß es eine Ehrenpflicht Deutschlands ist, seinen 150. Geburtstag nicht ohne dankbares Gedenken vorüber gehen zu lassen. Es war eine seltsame Fügung, daß der Führer der ersten romantischen Schule aus dem verstandesnüchternen Berlin der Aufklärer, dieser unebenbürtigen Nachtreter Lessings hervorgegangen ist. Hier wurde Ludwig Tieck am 31. Mai 1773 als Sohn eines Seilermeisters geboren. Der Gegensatz war die treibende Kraft in dieser Künstlernatur. Dieser Dichter aus dem Kleinbürgerstand hielt sich zeitlebens vom Massengetriebe und den Massenintinkten fern, hatte immer einen kleinen Hofstaat auserlesener Geister um sich. Er war einer der vollendetsten Typen des Nur-Dichters, der unbekümmert um den Beifall der Menge und um Gewinn, sich lediglich von seinem künstlerischen Gewissen beraten ließ, und diese im besten Sinne aristokratische Wesensart prägte sich auch in seinen klassisch-schönen und edlen Gesichtszügen aus. Er, der norddeutsche Protestant, teilte mit seinen dichtenden Zeitgenossen die Vorliebe für das katholische Mittelalter. Sie brach besonders in seinem Drama „Genoveva" durch, das mit seiner Verachtung für die herkömmlichen Bühnengesetze von den Männern der ersten romantischen Schule, als das vorbildliche romantische Schauspiel neben dem auf ein altes deutsches Volksbuch zurückgehenden „Kaiser Octavianus" gefeiert wurde.

Als Lyriker hat zwar Ludwig Tieck gleichfalls einige Grundtöne angeschlagen, die in unzähligen Liedern seiner Zeitgenossen nachklingen, aber seine erst in späteren Jahren gesammelten „Gedichte" sind mit wenigen Ausnahmen niemals ins Volk gedrungen. Am berühmtesten wurden seine die Romantik mit wunderbarem Wohllaut verherrlichenden Verse: „Mondbeglänzte Zaubernacht, die den Sinn gefangen hält . . ." Unvergessen wird es ihm bleiben, daß er einer der innigsten Entdecker der deutschen Landschaft, vor allem des deutschen Waldes, geworden ist und damit ein Vorgänger Eichendorffs, der sich tief ins Herz des deutschen Volkes hineingesungen hat. Das uns so geläufige Wort „Waldeinsamkeit" hat Tieck geprägt. Diese urdeutsche Art, die auch darin zum Ausdruck kam, daß Tieck im Wetteifer mit seinen poetischen Genossen auf die volkstümlichen Quellen unseres Schrifttums zurückwies, die deutsche Vergangenheit in Poesie und Geschichte wieder zu beleben wußte und damit in der Zeit schwerster nationaler Bedrückung das Selbstgefühl und Selbstbewußtsein des deutschen Volkes wieder erstarken ließ, verpflichtet uns ihm gegenüber gerade jetzt, wo Deutschland abermals unter dem französischen Joche seufzt.

Seine wesentlichsten Verdienste liegen aber auf dem Gebiete der Erzählung. Deutschland, das nicht über einen allzu großen Reichtum an Epikern von Beruf und Geblüt verfügt, sollte eindringlicher als es bisher geschehen ist, sich dem großen Schatz an Erzählungen zuwenden, die Ludwig Tieck uns hinterlassen hat. Ein wenig wird seine novellistische Kunst — er ist der eigentliche Vater der romantischen Novelle — durch seine Gewohnheit belastet, längere theoretische Erörterungen über Kunst, Pädagogik, Weltanschauung usw. einzuflechten. Aber er ist ein so echtes Fabuliertalent, ein so sorgfältiger und klarer Gestalter, ein so angenehmer Darsteller, der mit Leib und Seele bei jeder Situation beteiligt bleibt, daß man sich ihm gerne und mit Genuß hingibt. Schon in seinen ersten Romanen, wie in dem von grausigen Schatten, nach Art der damals beliebten Gespenstergeschichten, überdunkelten „William Lovell" bis zu seiner späten Renaissancenovelle „Vittoria Accorombona", in der seine oft bewährte Kunst historischer Gegenstandsschilderung sich zum letzten Mal glänzend erprobt, zeigt er sich als Meister der Erzählung. Dazwischen liegt eine lange Reihe in selten unterbrochener Produktivität hervorgebrachter Novellen, unter denen nicht wenige sind, die wert wären, auch heute und für spätere Tage dem dauernden Bestand deutschen Kunstbesitzes einverleibt zu werden. Auch Goethe hat diese hohe Kunst Ludwig Tiecks wiederholt mit großer Herzlichkeit anerkannt. Gern stellte Tieck bedeutende Dichtergestalten der Vergangenheit in den Mittelpunkt einer Erzählung, wie etwa den Portugiesen Camoens und — wiederholt — Shakespeare.

Man weiß, mit welcher Liebe sich Tieck gerade der Erforschung des Lebens und der Schöpfungen des größten britischen Dichters gewidmet hat und daß er großen Anteil hat an der klassischen Uebersetzung der Werke Shakespeares, deren Vollendung er nach dem Tode August Wilhelm Schlegels unter tätiger Mithilfe seiner Tochter und des Grafen Baudissin leitete. Dem Theater galt seine leidenschaftliche Hingabe sein ganzes Leben lang. Es war schon davon die Rede, daß seine Dramen auf die Gesetze der Kulissenwelt wenig Rücksicht nahmen und darum auch auf den Brettern nicht Fuß faßten. Seine Märchenlustspiele, wie insbesondere „Der gestiefelte Kater" sind dennoch, wie Aufführungen in unserer Zeit bewiesen, voller Bewegtheit und geistvoller Einfälle. Insbesondere die aristophanische Verspottung der Kunstnüchternheit der Berliner Nicolaiten kommt in dem eben genannten Lustspiel, in dem das Publikum sich einmischt und den Gang der Handlung nach seinem plumpen Geschmack bestimmen will, zu zwerchfellerschütternder Wirkung. Mit dem praktischen Bühnenleben vermochte Tieck jedoch auch als bestallter Dramaturg des Hoftheaters in Dresden, wo er nach einer Jenaer Episode und einigen Reisejahren, während der längsten Zeit seines Lebens Boden faßte, keine unmittelbare Fühlung gewinnen. Aber als bedeutender und weithin berühmter Vorleser der besten Dramen der Weltliteratur hat er doch einen starken veredelnden Einfluß auf die Schauspieler gewonnen, denen er immer wieder frommen Dienst am Wort, am klar und natürlich fließenden Wort, predigte. Auch der selbstlosen und leidenschaftlichen Werbetätigkeit sei gedacht, mit der Ludwig Tieck sich nicht nur für die Pflege der Kunst Shakespeares, Calderons, Lopo de Vegas, sondern auch seiner Zeitgenossen Novalis, Wackenroder und Heinrich von Kleist einsetzte, muß rühmend gedacht werden. Er war ein Künstler aus einem Guß, von mustergültiger Reinheit der Absichten, von hoher Begabung, und so wird seine Gestalt im Pantheon der deutschen Literatur immer ragen.

SLUB
Wir führen Wissen.